

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

1997

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

50



50 Jahre
Rheinland-
Pfalz



Statistisches Landesamt

Inhalt

50 Jahre Rheinland-Pfalz	101	Am 18. Mai 1947 wurde die Verfassung für Rheinland-Pfalz in einem Volksentscheid angenommen. Ein neues Land war entstanden. Wie haben sich die Bevölkerung, die Lebensverhältnisse der Menschen, die Landwirtschaft, die Industrie, der Verkehr oder auch die öffentlichen Finanzen seit damals verändert? Diese Frage läßt sich nicht allein mit statistischen Zahlen beantworten, jedoch bilden diese eine objektive Grundlage zur Darstellung der Entwicklungen.
Anhang	33*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	39*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

64 Habilitationen an rheinland-pfälzischen Hochschulen

An den wissenschaftlichen Hochschulen in Rheinland-Pfalz habilitierten sich im Jahre 1996 insgesamt 64 Personen. Sie erbrachten damit den Nachweis ihrer wissenschaftlichen Lehrbefähigung. Dies ist die bisher höchste Zahl seit 1971. Sechs Habilitationsschriften (9,4 %) wurden von Frauen verfaßt, zwei Neuhabilitierte waren Ausländer.

Jede dritte Habilitation beschäftigte sich mit einem Thema aus den Sprach- und Kulturwissenschaften, jeweils 17 Lehrbefähigungen wurden in den Fächergruppen Mathematik, Naturwissenschaften sowie Humanmedizin erworben.

Sieben von zehn Habilitationsverfahren wurden an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz abgeschlossen, jeweils acht an den Universitäten Kaiserslautern und Trier.

54 Personen standen zum Zeitpunkt der Habilitation in einem Beschäftigungsverhältnis zur Hochschule, davon waren 52 hauptberuflich tätig.

Das durchschnittliche Habilitationsalter lag bei 40 Jahren. Die Hälfte der neuhabilitierten Akademiker war zwischen 35 und 40 Jahren alt. we

Auch alte Liebe rostet

In Rheinland-Pfalz wurden im vergangenen Jahr 9 385 Ehen geschieden, rund 4 % mehr als im Vorjahr. Damit setzt sich der Trend zunehmender Scheidungszahlen auch in der zweiten Hälfte der 90er Jahre fort.

In gut 30 % der Fälle wurde das Scheidungsverfahren vom Ehemann, in 58 % der Fälle von der Ehefrau beantragt. Lediglich 11 % der Scheidungsanträge wurden von beiden Ehepartnern gestellt.

Jede dritte gescheiterte Ehe war erst in den 90er Jahren geschlossen worden und hatte damit längstens 6 Jahre Bestand. 10 % der geschiedenen Paare waren länger als 25 Jahre verheiratet. Entsprechend breit ist das Altersspektrum der Scheidungspartner. Es reicht von 20jährigen bis hin zu über 80jährigen.

Die Zahl der geschiedenen Ehen, bezogen auf die jeweilige Kreisbevölkerung, offenbart deutliche regionale Unterschiede im Scheidungsverhalten und liegt in den kreisfreien Städten deutlich höher als in den Landkreisen. Die höchste Scheidungsquote wurde für die kreisfreie Stadt Worms, die geringste Quote für den Landkreis Trier-Saarburg ermittelt. re

Ehescheidungen 1996 nach Antragsteller und Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Ins-gesamt	Auf 10000 der Bevölkerung ¹⁾	Das Verfahren wurde beantragt von		
			dem Mann	der Frau	beiden
Kreisfreie Stadt Koblenz	316	28,9	111	205	-
Landkreise					
Ahrweiler	300	23,9	107	181	12
Altenkirchen (Ww.)	320	23,6	124	196	-
Bad Kreuznach	379	24,3	93	190	96
Birkenfeld	211	23,3	46	91	74
Cochem-Zell	122	18,8	44	78	-
Mayen-Koblenz	450	22,0	163	263	24
Neuwied	418	23,4	147	265	6
Rhein-Hunsrück-Kreis	223	21,5	58	132	33
Rhein-Lahn-Kreis	297	23,3	97	168	32
Westerwaldkreis	479	24,4	139	238	102
RB Koblenz	3 515	23,6	1 129	2 007	379
Kreisfreie Stadt Trier	214	21,6	69	144	1
Landkreise					
Bernkastel-Wittlich	227	20,0	35	85	107
Bitburg-Prüm	251	26,2	43	130	78
Daun	130	20,7	37	89	4
Trier-Saarburg	242	18,0	93	147	2
RB Trier	1 064	21,0	277	595	192
Kreisfreie Städte					
Frankenthal (Pfalz)	111	22,9	26	59	26
Kaiserslautern	270	26,5	74	141	55
Landau i.d. Pfalz	137	34,3	29	53	55
Ludwigshafen a. Rhein	426	25,5	136	238	52
Mainz	473	25,7	171	302	-
Neustadt a.d. Weinstr.	129	24,0	34	73	22
Pirmasens	(187)	(39,1)	(57)	(129)	(1)
Speyer	123	24,8	40	80	3
Worms	(367)	(45,8)	(97)	(270)	(-)
Zweibrücken	107	29,8	40	67	-
Landkreise					
Alzey -Worms	(213)	(18,2)	(83)	(128)	(2)
Bad Dürkheim	292	22,3	99	179	14
Donnersbergkreis	152	19,9	42	72	38
Germersheim	275	23,0	90	185	-
Kaiserslautern	232	21,3	74	134	24
Kusel	149	18,8	47	81	21
Südliche Weinstraße	234	21,8	55	91	88
Ludwigshafen	300	20,8	92	171	37
Mainz-Bingen	435	23,1	154	246	35
Südwestpfalz	(194)	(18,4)	(73)	(121)	(-)
RB Rheinhessen-Pfalz	4 806	24,2	1 513	2 820	473
Rheinland-Pfalz	9 385	23,6	2 919	5 422	1 044
Kreisfreie Städte	2 860	28,1	884	1 761	215
Landkreise	6 525	22,0	2 035	3 661	813

1) Bevölkerung am 30. 6. 1996. - () Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist.

Hepatitis-Erkrankungen nehmen deutlich zu

Virus-Hepatitis nahmen in Rheinland-Pfalz in den vergangenen vier Jahren wieder deutlich zu. Diese Erkrankungen, die sich häufig durch eine 'Gelbsucht' äußern und zu Leberzirrhose (Schrumpfleber) und Leberkrebs führen können, sind um durchschnittlich 11 % pro Jahr angestiegen. Im Jahr 1996 wurden insgesamt 744 Neuerkrankungen bekannt.

Während bei Hepatitis-A die Zahl der Neuerkrankungen in diesem Zeitraum deutlich zurückging, legten die Neuerkrankungen an Hepatitis-B um durchschnittlich 12 % pro Jahr zu und machen mittlerweile rund 43 % aller bekanntgewordenen Neuerkrankungen an Virus-Hepatitis aus. Hepatitis-B wird durch Infektion mit hoch ansteckungsfähigen Viren hervorgerufen, die durch Blut, Blutprodukte und Sekrete wie Sperma, Speichel und Schweiß übertragen werden. Die deutschen Gesundheitsbehörden sprachen 1996 eine Impfempfehlung insbesondere für Kinder und Jugendliche aus; mit dem seit 1986 zur Verfügung stehenden Impfstoff waren zunächst nur bestimmte Risikogruppen, z. B. medizinisches Personal, geimpft worden. Der Erfolg dieser Empfehlung hängt in entscheidendem Maße davon ab, welche Akzeptanz die 'neue' Schutzimpfung in der Bevölkerung erfährt.

In der Gruppe der sonstigen Hepatitis-Formen, hervorgerufen durch Infektionen mit Hepatitis-C- bzw. -E-Viren, Epstein-Barr-Virus, Herpes-simplex-Virus und andere Erreger, wurden ausgehend vom Jahr 1993 durchschnittliche Jahreszuwächse von deutlich über 30 % registriert. Sie machen heute gut 36 % aller Virus-Hepatitis-Formen aus. Die starken Zuwächse gerade in dieser Gruppe dürften jedoch zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß aufgrund einer verbesserten medizinischen Diagnostik deutlich mehr Erkrankungen zweifelsfrei diesem Krankheitsbild zugeordnet werden können.

Jedes Jahr sterben in Rheinland-Pfalz rund 20 Menschen an einer Virus-Hepatitis.

Dienstleistungsbereich expandiert weiter

Im Jahre 1996 stieg das Bruttoinlandsprodukt, der umfassendste Indikator der wirtschaftlichen Leistung, in Rheinland-Pfalz um 0,2 % auf 150,3 Mrd. DM. Real, d.h. von Preiseinflüssen bereinigt, stagnierte die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, während im früheren Bundesgebiet ein Wirtschaftswachstum von 1,3 % zu verzeichnen war. Dies sind die Ergebnisse einer zweiten, auf breiterer Datenbasis beruhenden Berechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

Ausschlaggebend für diese Entwicklung war das produzierende Gewerbe, dessen Wertschöpfung preisbereinigt um 4,2 % zurückging. Zu der allgemein schwachen Konjunktur im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe kam in Rheinland-Pfalz noch ein Sonder-einfluß durch eine Betriebsstilllegung im Bereich Mineralölverarbeitung. Die Zunahme der Wirtschaftsleistung insbesondere in der Land- und Forstwirtschaft und im Dienstleistungsbereich konnte diesen Einbruch fast kompensieren. Die Wertschöpfung der Dienstleistungsunternehmen stieg real um 4,8 % auf 39,6 Mrd. DM und übertraf damit erstmals das verarbeitende Gewerbe. Der gesamte Dienstleistungssektor (einschließlich Handel und Verkehr sowie öffentliche Dienstleistungen) trägt in Rheinland-Pfalz nunmehr über 60 % zur gesamtwirtschaftlichen Leistung bei.

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen 1996

Gesamtwirtschaftliches Aggregat — Wirtschaftsbereich	Rheinland-Pfalz	Früheres Bundesgebiet	
	Mill. DM	Veränderung gegenüber 1995 in %	
In jeweiligen Preisen			
Bruttoinlandsprodukt	150 346	0,2	2,2
Bruttowertschöpfung			
Alle Wirtschaftsbereiche	145 064	0,4	2,4
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2 182	7,0	4,4
Produzierendes Gewerbe	51 386	-5,5	-0,6
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	2 768	-12,0	-9,2
Verarbeitendes Gewerbe	41 966	-5,3	0,8
Baugewerbe	6 652	-3,5	-3,3
Handel und Verkehr	20 511	-1,1	-0,6
Dienstleistungsunternehmen	46 928	6,6	6,4
Staat, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck	24 056	3,4	1,9
In Preisen von 1991			
Bruttoinlandsprodukt	134 155	-0,0	1,3
Bruttowertschöpfung			
Alle Wirtschaftsbereiche	130 491	0,4	1,7
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2 787	9,0	6,2
Produzierendes Gewerbe	47 628	-4,2	-0,6
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	3 012	1,3	3,1
Verarbeitendes Gewerbe	38 988	-4,7	-0,5
Baugewerbe	5 629	-3,7	-3,7
Handel und Verkehr	19 197	0,5	0,9
Dienstleistungsunternehmen	39 646	4,8	4,7
Staat, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck	21 233	2,2	0,7

50 Jahre Rheinland-Pfalz

Der Zweite Weltkrieg war im Frühjahr 1945 zu Ende, das Deutsche Reich in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Viele Häuser, Fabriken und Verkehrswege waren zerstört, die Menschen hatten vielfach ihre ganze Habe verloren und versuchten zu überleben. Das Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz wurde zunächst von den Amerikanern besetzt, aber schon kurze Zeit später übergaben sie es an die französische Besatzungsmacht. Diese erließ 1946 eine Verordnung zur Gründung eines neuen Landes, das sich aus Teilen der früheren preußischen Rheinprovinz, vorher zu Hessen gehörenden Gebieten und der ehemals zu Bayern gehörenden Pfalz zusammensetzte. Im gleichen Jahr wurde eine provisorische Landesregierung in Koblenz eingesetzt, da in der zur Hauptstadt erklärten Stadt Mainz wegen der kriegsbedingten Zerstörungen keine Räume für diese Regierung vorhanden waren. Eine „Beratende Versammlung“ arbeitete einen Verfassungsentwurf aus, über den am 18. Mai 1947 in einem Volksentscheid abgestimmt wurde. Im gesamten Land stimmten etwas mehr als die Hälfte der Bürger zu.

Weit mehr Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer als am Anfang

In dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz lebten 1947 nur 2,8 Millionen Menschen, über 200 000 weniger als vor dem Krieg. 150 000 Wehrmachtangehörige waren gefallen und über 20 000 Zivilpersonen durch die Kriegseinwirkungen ums Leben gekommen. Die Zuströme aus den ehemaligen Ostgebieten und dem Ostteil Deutschlands sowie aus dem Ausland waren zu diesem Zeitpunkt in Rheinland-Pfalz noch nicht sehr ausgeprägt, da die französische Zone für die Aufnahme von Flüchtlingen weitgehend gesperrt war. Hier waren andere Bundesländer weit stärker betroffen. Erst nach dem Entstehen der Bundesrepublik kam durch die Flüchtlingsumsiedlungsaktionen eine größere Zahl von Heimatvertriebenen in unser Land. Bereits 1950 hatte die Bevölkerungszahl die 3-Millionen-Schwelle überschritten. Von den gesamten Einwohnern war jeder zwanzigste Heimatvertriebener. Insgesamt handelte es sich um gut 150 000 Menschen. In den folgenden Jahren kamen weitere Heimatvertriebene, die bis dahin in anderen Bundesländern gelebt hatten, und Flüchtlinge aus der damaligen DDR in größerer Zahl in unser Land. Anfang der 60er Jahre setzte wegen des Arbeitskräftemangels in Deutschland der Zuzug ausländischer Arbeitskräfte, der Gastarbeiter, auch nach Rheinland-Pfalz ein. Die Bevölkerungszahl war auf 3,5 Millionen gestiegen. In den 70er und bis Ende der 80er Jahre nahm die Bevölkerungszahl teilweise deutlich ab. Der politische Zusammenbruch im Ostblock, der Mauerfall in Deutschland sowie Bürgerkriege und Wirtschaftskrisen in anderen Teilen der Welt brachten einen starken Zustrom von Aussiedlern und Flüchtlingen auch nach

Rheinland-Pfalz. Die Bevölkerung überschritt kurz vor dem 50. Geburtstag des Landes die Grenze von vier Millionen. Damit hat sich die Zahl der hier lebenden Menschen gegenüber der Ausgangsposition um weit mehr als eine Million erhöht. Durch diesen Bevölkerungszuwachs mußten die Rheinland-Pfälzer näher zusammenrücken. Lebten vor 50 Jahren noch 139 Menschen auf einem Quadratkilometer, so waren es 1970 bereits 184. Heute müssen auf dieser Fläche sogar über 200 Bürger miteinander auskommen.

Viele Neubürger kamen von draußen

Im gesamten Zeitraum seit 1947 summierten sich die Zuzüge nach Rheinland-Pfalz zu einer Zahl von fast fünf Millionen, Fortzüge gab es deutlich über vier Millionen; der Wanderungsgewinn betrug mehr als 700 000. Das sind immerhin gut 70 % des gesamten Bevölkerungszuwachses der zurückliegenden 50 Jahre. Dabei gab es Jahre mit starken Wanderungsgewinnen, wie im Jahr 1990, in dem 63 000 Menschen mehr zu- als fortzogen, aber auch mit Verlusten wie 1975 in Höhe von nicht ganz 12 000. Einzelne Gebiete trugen in den zurückliegenden Jahrzehnten in sehr unterschiedlichem Ausmaß zu den Wanderungsgewinnen und damit zum Bevölkerungswachstum des Landes bei. Die größten Wanderungsströme gab es seit Anfang der 50er Jahre erwartungsgemäß mit den Ländern des früheren Bundesgebietes. Von dort kamen fast dreieinhalb Millionen Menschen in unser Land, weit über drei Millionen Personen verließen Rheinland-Pfalz in Richtung dieser Länder. Für diesen langen Zeitabschnitt ergab sich ein eher bescheidener Wanderungsgewinn von nicht ganz 160 000 Neubürgern. Sowohl zeitlich als auch in der

Wanderungsrichtung wesentlich ungleicher verteilt war die Bewegung zwischen Rheinland-Pfalz und der DDR bzw. den neuen Bundesländern. Seit Beginn der 50er Jahre kamen von dort insgesamt fast 230 000 Menschen in unser Land, weniger als 50 000 verließen Rheinland-Pfalz, um in der DDR bzw. später in den neuen Bundesländern ihren Wohnsitz zu nehmen. Der Wanderungsgewinn betrug in diesen nicht ganz 50 Jahren rund 180 000 Personen und lag damit um über 22 000 höher als der mit den alten Bundesländern. Allerdings war die Wanderungsbewegung im Zeitablauf sehr ungleich verteilt. Deutlich mehr als die Hälfte aller Zuzüge aus dem Osten Deutschlands entfiel auf die 50er Jahre und den Zeitraum bis zum Mauerbau 1961. Erst in den Jahren 1989 und 1990, als die Ausreisesperre aufgehoben wurde, die Mauer fiel und die beiden Teile Deutschlands sich vereinigten, kamen von dort wieder mehr Leute zu uns. Seit damals sind gut 60 000 Menschen mehr gekommen als fortgezogen.

Den größten Bevölkerungszuwachs durch Zuzugsüberschüsse hatte Rheinland-Pfalz in den vielen Jahren aus dem Ausland. Von dort kamen insgesamt 1,2 Millionen Menschen in unser Land. Fast 850 000 Personen zogen von hier ins Ausland fort, ein Wanderungsgewinn von gut 350 000 Personen. Auch hier ergab sich im Zeitablauf ein sehr unterschiedliches Bild. Die höchsten jährlichen Wanderungsgewinne mit jeweils 20 000 bis 30 000 Personen gab es in der jüngsten Vergangenheit.

„Babyboom“ und „Pillenknick“

Im Verlauf der zurückliegenden 50 Jahre sind bei den Geburtenzahlen, anders als bei der Zahl der Sterbefälle, gravierende Änderungen eingetreten. Diese Umwälzungen hatten bereits Folgen in vielen Bereichen des Lebens und der Wirtschaft und werden die künftige Entwicklung stark beeinflussen. Im Jahr der Landesgründung wurden gut 41 000 Geburten gezählt. Ein Jahr

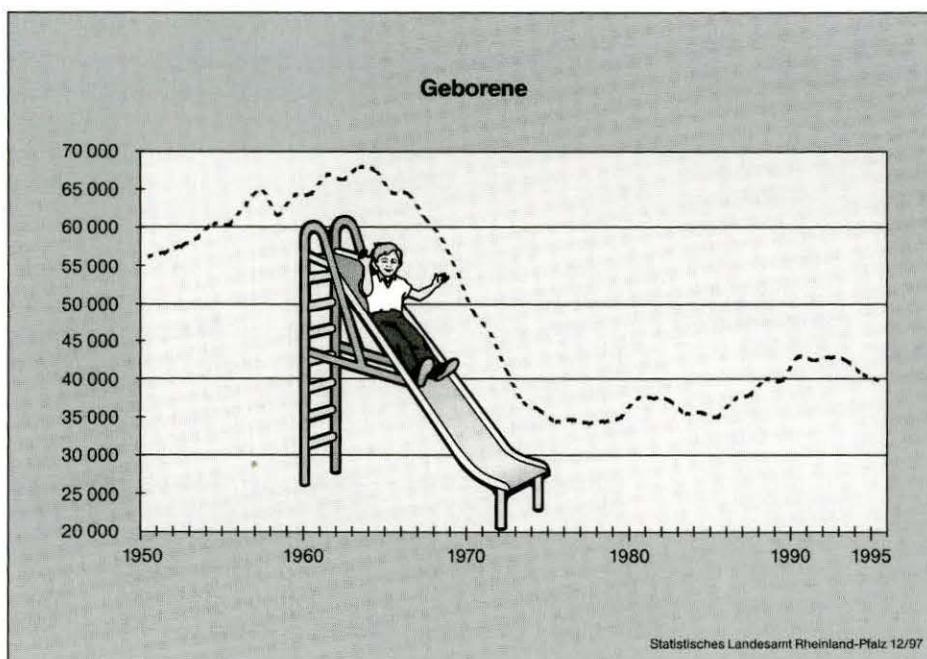
davor kamen erst knapp 38 000 Kinder zur Welt. Das ist nicht verwunderlich, wenn man sich die Verhältnisse in der unmittelbaren Nachkriegszeit vorstellt. Viele Familien waren noch unvollständig, da sich die Männer in Kriegsgefangenschaft befanden. Durch die Zerstörungen des Krieges waren die Wohnverhältnisse oft mehr als schlecht. Auch die anderen Lebensbedingungen waren nicht dazu angetan, den Kinderwunsch an die erste Stelle zu setzen. Dies änderte sich allerdings schnell, als die Leute eine ständige Verbesserung ihres täglichen Lebens wahrnahmen. Bereits 1948 wurden 5 000 Kinder mehr geboren als ein Jahr zuvor. Noch ein Jahr weiter war die Geburtenzahl erneut um gut 8 000 Kinder auf jetzt fast 55 000 gestiegen. Danach ging die jährliche Zuwachsrate zwar etwas zurück, aber der Geburtenanstieg setzte sich weiter fort. Wir waren in der Zeit des sogenannten „Babybooms“. Der Gipfel dieser Entwicklung wurde schließlich 1963 mit fast 68 000 Geburten erreicht.

Von jetzt an begann die Zahl der jährlich geborenen Kinder schnell zu sinken, teilweise um mehr als ein Zehntel pro Jahr. Bereits 1975 kamen weniger als 35 000 Kinder zur Welt, nur noch etwa halb so viele wie im besten Jahr des „Babybooms“. Jetzt sprachen alle Leute vom „Pillenknick“. Aber eigentlich war die „Pille“ als einfache und sichere Verhütungsmethode nur Mittel zum Zweck. Die Menschen wollten ohnehin weniger Kinder, sie hatten andere Dinge, z. B. das neue Auto, die Urlaubsreise, höheres Einkommen durch Mitverdienen der Frauen, entdeckt. Aber auch der Wunsch, den Kindern eine bessere Ausbildung zukommen zu lassen, spielte eine Rolle. Verstärkt wurde dieser Geburteneinbruch noch dadurch, daß die geburtenschwachen Jahrgänge aus den Kriegsjahren in das Alter kamen, in dem Frauen normalerweise Kinder bekommen. Zu Beginn der 80er Jahre begann die Zahl der Geburten wegen der geburtenstarken Jahrgänge aus der Zeit des „Babybooms“ zwar wieder zuzunehmen, kam aber nie mehr auch nur annähernd auf das frühere Niveau.

Selbst wenn heute die Geburtsanzeigen in den Zeitungen immer größer werden, darf das nicht darüber hinwegtäuschen, daß in Rheinland-Pfalz jährlich nur etwa 40 000 Kinder zur Welt kommen.

Die Menschen leben länger

In den zurückliegenden 50 Jahren verlief die Entwicklung bei den Sterbefällen weit gleichmäßiger als bei den Geburten oder gar bei den Zu- und Fortzügen. Sterben derzeit pro Jahr gut 43 000 Menschen in Rheinland-Pfalz, so waren es bei Gründung des Lan-



des nicht ganz 36 000. In den folgenden Jahren nahm diese Zahl sogar noch ab, es gab nämlich weniger ältere Leute. Seit den 50er Jahren waren die älteren Jahrgänge wieder stärker besetzt, die Zahl der Sterbefälle begann immer mehr zu steigen. Bereits Ende der 60er Jahre wurde das heutige Niveau erreicht. Die Aufrechnung von Geburten und Sterbefällen gibt einen Hinweis auf diesen Teil der Bevölkerungsentwicklung. Man kann am Ergebnis ablesen, ob eine Bevölkerung wächst oder abnimmt. Bis Anfang der 70er Jahre gab es stets mehr Geborene als Gestorbene. Die Differenz war anfangs eher klein, erhöhte sich danach aber wegen der stark steigenden Geburtenzahlen bis auf Spitzenwerte von knapp 29 000 Anfang der 60er Jahre. Mit den danach schnell zurückgehenden Neugeborenenzahlen setzte ein rapider Rückgang des Geburtenüberschusses ein. Im Jahr 1972 hatten wir dann erstmals ein Geburtendefizit. Es starben fast 3 000 Menschen mehr als geboren wurden. Drei Jahre später stieg der Gestorbenenüberschuß auf über 10 000 an, ging aber in der Folgezeit wegen der günstigeren Geburtenentwicklung wieder deutlich zurück. Inzwischen liegt er bei gut 3 000.

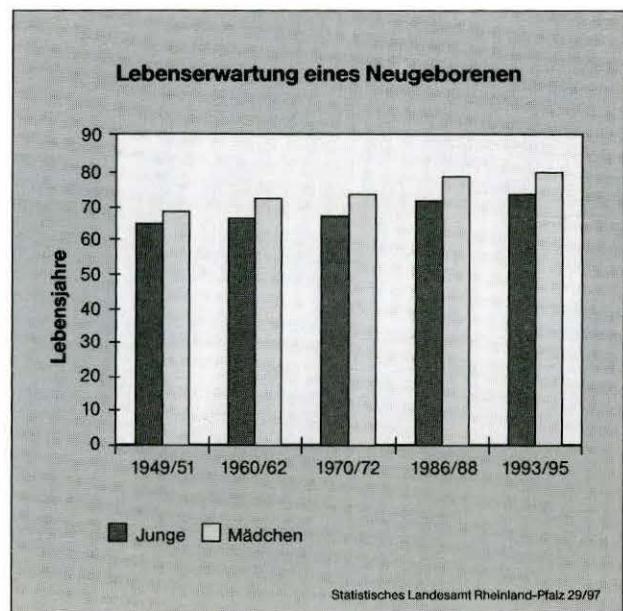
Einen besonders günstigen Verlauf gab es in der ganzen Zeit bei den Säuglingssterbefällen. Heute sterben von 1 000 Neugeborenen 5 innerhalb des ersten Lebensjahres. In den ersten Jahren nach der Gründung des Landes Rheinland - Pfalz erlebte wegen der besonders schwierigen Nachkriegssituation noch nahezu jedes zehnte Neugeborene nicht seinen ersten Geburtstag. Mit der Verbesserung der Lebensverhältnisse halbierten sich die Werte innerhalb weniger Jahre. Hier spiegeln sich die Erfolge der Schwangerschaftsvorsorge und der besseren Geburtsmedizin, aber auch die starke Abnahme der Hausgeburten wider. Die Verbesserung bei den Säuglingssterbefällen ist bereits einer der Gründe für eine Erhöhung der durchschnittlichen Lebenserwartung. Im Verlauf von gut 100 Jahren hat sich diese mehr als verdoppelt. Aber auch seit Bestehen des Landes Rheinland - Pfalz sind noch deutlich positive Trends festzustellen. Anfang der 50er Jahre mußte ein neugeborenes Mädchen noch damit rechnen, vor seinem 69. Geburtstag zu sterben, derzeit liegt die Lebenserwartung schon bei 80 Jahren. Die Lebenserwartung von Männern ist stets wesentlich niedriger gewesen. So hatten die zu Beginn der 50er Jahre geborenen Jungen nur 65 Lebensjahre vor sich, heute sind es 74 Jahre. Auch im höheren Altersbereich hat sich die Sterblichkeit in den letzten Jahrzehnten deutlich verringert. So kann sich ein Mann, der heute mit 65 Jahren aus dem Erwerbsleben scheidet, auf knapp 15 Jahre im Ruhestand freuen; gegenüber 1950 sind dies immerhin etwa zwei Jahre mehr. Noch durchschnittlich rund sechs Lebensjahre haben 80jährige Männer, acht Lebensjahre Frauen gleichen Alters zu erwarten.

Immer mehr Paare beim Scheidungsrichter

Im ersten Nachkriegsjahr 1946 wurden im Gebiet des heutigen Rheinland - Pfalz nur knapp 21 200 Ehen geschlossen. Hauptursache für diese niedrige Zahl von Heiraten waren die Auswirkungen des vergangenen

Krieges. Zum einen waren die heiratsfähigen Jahrgänge der Männer stark dezimiert, zum anderen waren viele Soldaten noch nicht aus der Gefangenschaft zurückgekehrt. Auch die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse und die mangelhafte Existenzsicherung machten die Leute nicht gerade heiratsfreudig. Mit den sich bessenden Lebensumständen stieg die Zahl der Eheschließungen und erreichte schon 1950 ihren Höchststand. Damals gingen fast 33 000 Paare zum Standesamt. Seit den 60er Jahren ist die Zahl der Heiratswilligen stark rückläufig. Heute geben sich pro Jahr noch rund 23 000 Paare das Jawort.

Der Rückgang der Eheschließungen hat verschiedene Ursachen. Zum einen gibt es wegen des sogenannten „Pillenkicks“ weniger Männer und Frauen im heiratsfähigen Alter, zum anderen spielen auch eine intensivere und länger dauernde Berufsausbildung sowie neue Formen des Zusammenlebens eine wichtige Rolle. Deshalb steigt auch seit langem das Heiratsalter. Gehen heute ledige Männer durchschnittlich erst im Alter von fast 30 Jahren zum Standesamt, waren sie vor 25 Jahren noch rund fünf Jahre jünger. Auch ledige



Frauen heiraten gegenwärtig fünf Jahre später als damals und sind bei ihrer Eheschließung im Durchschnitt bereits annähernd 27 Jahre alt.

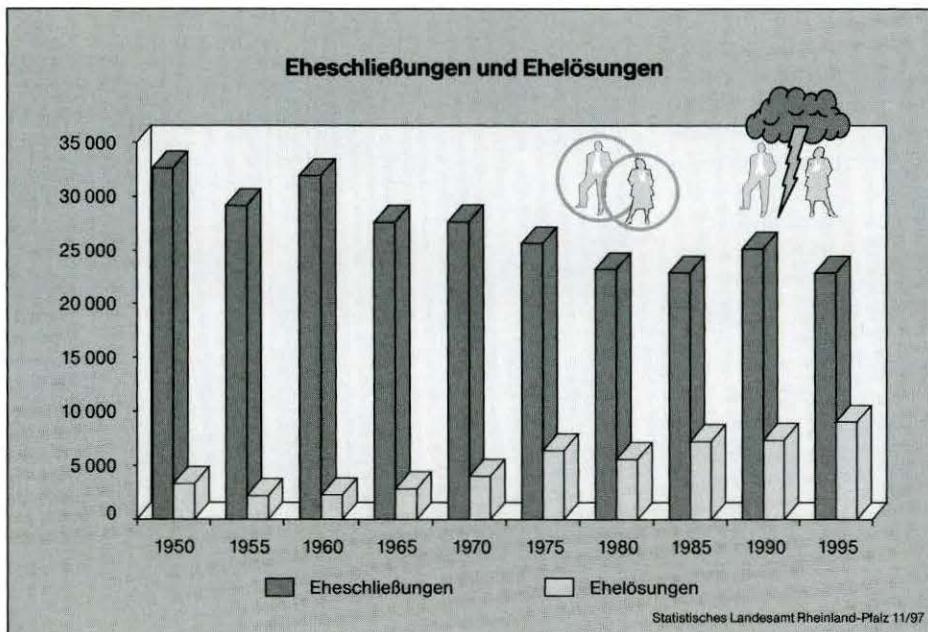
Die Zahl der geschiedenen Männer und Frauen ist stark gestiegen. Heute werden pro Jahr über 9 000 Paare geschieden. Vor 50 Jahren gingen gerade mal 2 700 Paare zum Scheidungsrichter. Mitte der 50er Jahre war diese Zahl sogar auf rund 2 200 gesunken, den niedrigsten Wert seit Gründung des Landes. Seit dieser Zeit sind die Scheidungszahlen fast stetig gestiegen. Vor 50 Jahren kamen auf 100 Eheschließungen 10 Scheidungen, 1960 waren es sogar nur 7 gescheiterte Ehen. Heute stehen 100 Heiraten schon 39 Scheidungen gegenüber. Von den gegenwärtig geschiedenen Ehen dauerte rund ein Viertel weniger als sechs Jahre,

früher war es etwa ein Drittel. Im Zeitablauf besonders stark gestiegen ist der Anteil der scheidungswilligen Ehepaare, die 25 und noch mehr Jahre verheiratet waren. So betrifft heute jede zehnte Trennung ein Ehepaar, das bereits Silberhochzeit gefeiert hat. Früher war nur jedes zwanzigste Paar mehr als ein Vierteljahrhundert verheiratet. Das kann sicher als Indiz dafür gewertet werden, daß Ehen heute seltener aus Gründen der Konvention aufrechterhalten werden. Aber auch bessere Ausbildung und eigene Erwerbstätigkeit der Ehefrauen erleichtern heutzutage den Ehepartnern den Gang zum Scheidungsrichter.

Neue Formen des Zusammenlebens entstehen

Heute gibt es etwa 1,8 Millionen Privathaushalte, ohne die in Wohnheimen und ähnlichen Einrichtungen lebenden Menschen. Das sind 90 % mehr als Anfang der 50er Jahre. Neben dem starken Bevölkerungswachstum spielten die Veränderungen in der Struktur der Haushalte die Hauptrolle. Die Zahl der alleinlebenden Menschen ist im Vergleichszeitraum ganz erheblich

Heute gibt es in Rheinland-Pfalz rund 540 000 Ehepaare mit Kindern, 440 000 Ehepaare ohne Kinder und nicht ganz 120 000 Alleinerziehende, insgesamt also 1,1 Millionen Familien. Ausgehend von gut 950 000 Familien in den 60er Jahren hat sich die Zahl der Familien ständig leicht erhöht. Zurückzuführen ist das jedoch ausschließlich auf Ehepaare ohne Kinder, deren Zahl seit damals um fast 70 % gestiegen ist. Die Entwicklung ging deutlich in Richtung kleinerer Familien, die Kinderzahl je Familie hat sich immer weiter verringert. Lebten Anfang der 60er Jahre in 100 Familien mit Kindern im Durchschnitt 184 Kinder, so sind es heute nur noch 165. Für Alleinerziehende gibt es erst seit Mitte der 70er Jahre vergleichbare Zahlen. Von damals bis heute ist ihre Zahl um rund ein Drittel gewachsen. In diesem Zeitraum hat bei den alleinerziehenden Vätern zwar eine Verdopplung auf jetzt knapp 20 000 stattgefunden, trotzdem liegt die Zahl der alleinerziehenden Mütter mit fast 100 000 wesentlich höher. Bei Frauen und Männern, die ihre Kinder allein großziehen, ist jeweils gut die Hälfte durch eine Trennung vom Ehepartner, hauptsächlich durch Scheidung, in diese Lebenssituation gekommen.



Wiederaufbau läßt Baugewerbe boomen

Die kriegsbedingten Zerstörungen der Gebäude und Verkehrswege führten Anfang der 50er Jahre zu einem enormen Bauboom. Um den Nachholbedarf zu decken, kam es von 1950 bis Mitte der 60er Jahre zu einer wahren Beschäftigungsexplosion. Die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe schnellte von 55 000 auf über 100 000 hoch. Auch die Zahl der Betriebe hatte mit 4 750 ihren Höhepunkt erreicht. In der Rezession der Jahre 1966/67 erlebte die Bauwirtschaft dann allerdings einen gravierenden

angestiegen. Zu Beginn gab es erst rund 130 000 Einpersonenhaushalte, heute sind es weit mehr als 570 000. Bestand vor knapp 50 Jahren erst jeder siebte rheinland-pfälzische Haushalt aus nur einer Person, so ist es heute bereits jeder dritte. Dazu haben z. B. steigende Lebenserwartung, hohe Scheidungsraten, aber auch eine geänderte Lebenseinstellung, die das Single-Dasein dem Leben in einer Gruppe vorzieht, beigetragen. Haushalte mit zwei Personen waren in der Vergangenheit oft der am weitesten verbreitete Haushaltstyp. In den letzten knapp 50 Jahren ist deren Zahl von 220 000 auf über 570 000, also auf mehr als das Zweieinhalbfache gestiegen. Sehr große Veränderungen sind auch bei den Haushalten mit fünf und mehr Personen zu sehen. In den 60er und 70er Jahren gab es zeitweise über 200 000 Haushalte dieser Größe, jetzt sind es nur noch rund 90 000. Die durchschnittliche Haushaltsgröße ist im gesamten Betrachtungszeitraum von 3,2 auf nur noch 2,3 Personen zurückgegangen.

Personalabbau, der sich im langfristigen Trend fortsetzte. Einige Aufschwungphasen mit neuen Beschäftigungsimpulsen konnten nicht verhindern, daß 1995 nur noch 58 000 Bauarbeiter gezählt wurden. Die Zahl der Betriebe erreichte 1991 ihren niedrigsten Wert und liegt heute, trotz geringer Zuwächse in den letzten Jahren, mit 3 700 deutlich unter dem Nachkriegsstand.

Der baugewerbliche Umsatz stieg von 1950 bis 1980 praktisch stetig, und zwar jahresdurchschnittlich um 11 %, an. Danach zeigten die gesamten 80er Jahre eine schwere Krise in der Bauwirtschaft mit starken Umsatzeinbrüchen und drastischem Personalabbau. Erst der neuerliche Bauboom zu Beginn der 90er Jahre brachte wieder Umsatzsteigerungen, die fast bis zu einem Jahresumsatz von 10 Milliarden DM führten. Doch bereits die Zahlen für 1995, die einen Beschäftigten- und Umsatzrückgang von über 5 % im Jahresvergleich auf-

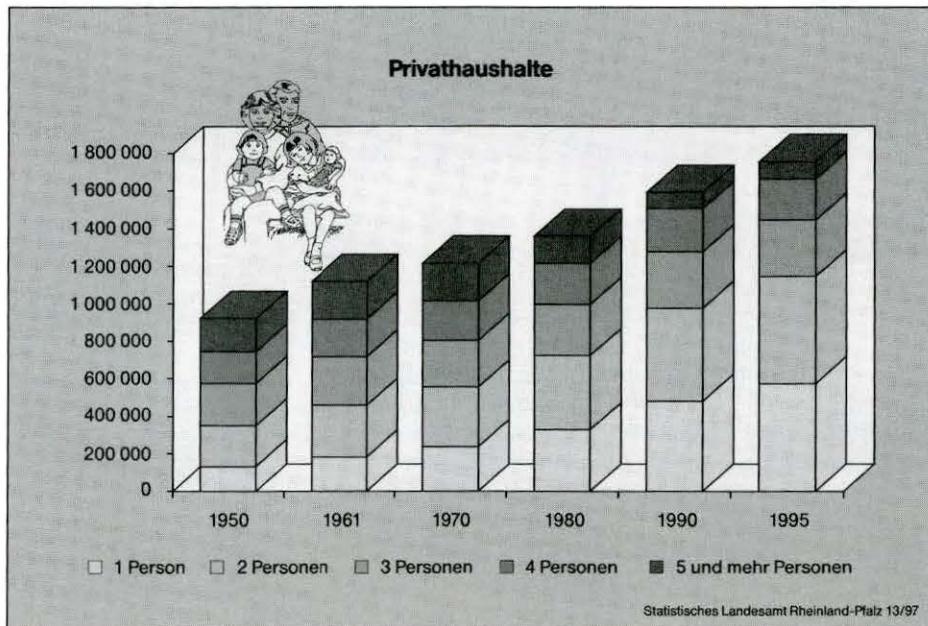
zeigen, deuten die augenblickliche Misere am Bau an. Weitgehend parallel zur Entwicklung des Bauhauptgewerbes verläuft die des Ausbaugewerbes. Die Zahl der Betriebe, die mit ihren Installations-, Maler- und Fliesenlegearbeiten den Rohbau erst bewohnbar machen, schrumpfte von 1977 bis heute um fast die Hälfte. 1995 fanden knapp 13 000 Personen in 450 Betrieben Arbeit. Damit ging auch die Zahl der Beschäftigten um 25 % zurück. Der Gesamtumsatz entwickelte sich in den 80er Jahren sehr schleppend, zog dann aber an, machte 1992 einen Sprung um 14 % und liegt jetzt bei 1,8 Milliarden DM im Jahr.

Gegenüber dem Wohnungsbestand von 1939 wurden im Februar 1948 an einem Drittel aller Wohnungen kriegsbedingte Beschädigungen und Zerstörungen unterschiedlichen Ausmaßes festgestellt. Diese Dezimierung des Wohnraumes verursachte in Verbindung mit dem schnellen Bevölkerungsanstieg ein erhebliches Wohnungsdefizit. Gerade in den unmittelbaren Nachkriegsjahren mit ihren schlechten allgemeinen Lebensverhältnissen und den Schwierigkeiten bei der Materialbeschaffung war hier nur sehr zögernd Abhilfe zu schaffen. In den 50er Jahren kam es dann aber zu einer besonders starken Bautätigkeit, die von privaten Bauherren, Unternehmen und der öffentlichen Hand gleichermaßen getragen wurde. Die Wohnbauleistung lag bei über 10 000 fertiggestellten Gebäuden im Jahr, was dazu führte, daß der Bestand an Wohnungen von 1950 bis 1960 um 300 000 anstieg und damit die Millionengrenze erreichte. Der danach einsetzende Normalisierungsprozeß brachte von 1960 bis 1980 eine jahresdurchschnittliche Erhöhung des Wohnungsbestandes um 2 %. Zuletzt wurden 1995 etwa 1,7 Millionen Wohnungen in knapp 1 Million Wohngebäuden gezählt.

Wohnungen werden größer

Seit den Anfangsjahren hat sich nicht nur die Quantität, sondern auch und vor allem die Qualität der Wohnungen und Wohngebäude stark verändert. 1950 wurden neben der Normalwohnung, die wenigstens über eine Kochnische und einen separaten Eingang verfügen mußte, auch sogenannte Notwohngebäude wie Baracken, Bunker oder Wohnwagen mitgezählt. Zwischenzeitlich haben sich selbstverständlich die Begriffe und Lebensumstände verändert. Die Normalwohnung heißt nun Wohnung, die Wohnpartei wurde zum Haushalt und der Wohnwagen wird vornehmlich zu Freizeitzwecken verwendet. Relativ unverändert blieb über den gesamten Zeitraum lediglich die Eigentümerquote. Bereits 1950 lag diese deutlich über 50 %, d.h. die Hälfte aller rheinland-pfälzischen Haushalte verfügte über

Wohneigentum, was im Bundesvergleich zwar außergewöhnlich hoch, aber für die ländliche Struktur durchaus charakteristisch ist. Nach einigen Schwankungen in den 60er Jahren hat sich diese Quote jetzt auch wieder bei knapp über 50 % eingependelt. Der früher häufig anzutreffende „möblierte Herr“ ist zwar noch nicht gänzlich vom Wohnungsmarkt verschwunden, aber ungleich schwerer aufzufinden. Nachdem in den 50er Jahren noch jeder siebte Haushalt zur Untermiete lebte, war es zuletzt noch nicht einmal jeder hundertste. Eindeutig festzustellen ist der Trend zur größeren Wohnung. 1950 war die klassische Drei-Zimmer-Küche-Bad-Variante noch die relativ häufigste Wohnungsgröße. Seit Anfang der 60er Jahre ist dies jedoch, bis heute unverändert, die Vierraumwohnung mit einem Anteil von 25 %. Dabei ist zu berücksichtigen, daß 1950 noch 4,2 Personen je Wohnung ihr Domizil hatten, während diese Größe kontinuierlich auf 2,4 im Jahr 1993 sank. Wer, anders als der Statistiker, eine gewisse Scheu hat, Personen zu zerteilen, kann hier alternativ für je fünf Wohnungen einen Rückgang von 21 auf 12 Personen konstatieren. Diese Entwicklung wurde wohl



wesentlich durch den starken Anstieg der Single-Haushalte begünstigt. Deren Anteil verdoppelte sich von 1950 bis 1993.

Da die Wohnungsgröße erst seit 1968 in den entsprechenden Erhebungen Berücksichtigung findet, kann hier nur die Entwicklung von 25 Jahren kommentiert werden. Durchschnittlich stand 1968 jedem Rheinland-Pfälzer eine Fläche von 24 Quadratmetern zur Verfügung, ein Wert, der bis 1993 auf 40 Quadratmeter anstieg. Gleichzeitig wuchs die gesamte Wohnfläche von 75 auf knapp 100 Quadratmeter je Wohnung, wobei Mietwohnungen mit 74 Quadratmetern im Schnitt deutlich kleiner sind. Für einen Quadratmeter mußten 1993 durchschnittlich 8,69 DM Miete gezahlt werden. Der Mietpreis hat sich damit seit 1968 mehr als vervierfacht. 1950 war noch ausschließlich die Miete je Wohnung von Interesse. Diese betrug etwa 30 DM und kletterte nach

elf Jahren bereits auf 45 DM. Unterstellt man die durchschnittlichen Mieten und Flächen der Mietwohnungen des Jahres 1993, so ergibt sich heute ein vergleichbarer Wert von 640 DM je Wohnung.

ein Achtel des Gesamtstroms. Der gestiegene Lebensstandard und die damit verbundene Anschaffung von im Alltag „unverzichtbaren“ Elektrogeräten führte dann im Laufe der Zeit zu einer Verdopplung dieser Relation.

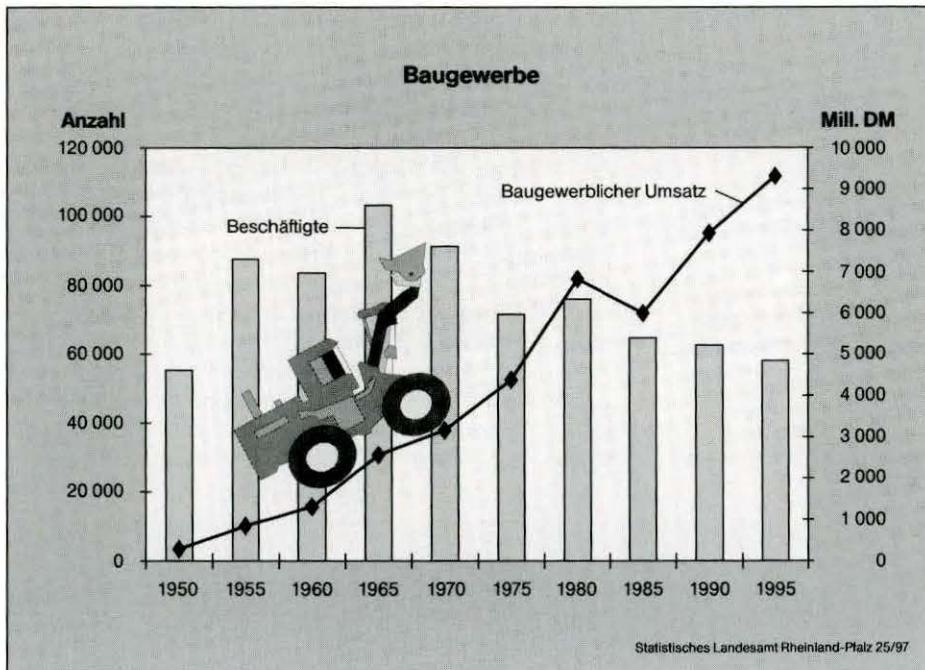
Beim Pro-Kopf-Stromverbrauch der Bevölkerung wird dies durch jährliche Steigerungsraten von mehr als 10 % in den Jahren von 1950 bis 1980 überdeutlich. Offensichtlich werden seither aber verstärkt energiesparende Elektrogeräte gekauft, denn die Jahreszuwächse des individuellen Verbrauchs liegen trotz steigender Ausstattung der Haushalte mit elektronischen Geräten in den letzten 15 Jahren etwa bei 1 %.

Die Gasversorgung erfolgt heute nahezu vollständig über den Ferngasbezug. Die verfügbare Gasmenge in Rheinland-Pfalz lag bis Mitte der 60er Jahre unter, aus heutiger Sicht bescheidenen, 400 Millionen Kubikmetern. Danach

kam es durch das zunehmende Angebot an Erdgas und die vor dem Hintergrund der Ölkrise entstandene Versorgungsunsicherheit zu einem sprunghaften Substitutionsprozeß beim Energieeinsatz. Seit Mitte der 60er Jahre hat sich die Gasmenge innerhalb von 15 Jahren nahezu verzehnfacht. Seither ist nochmals eine knappe Verdopplung zu erkennen. Die Rheinland-Pfälzer verbrauchten zuletzt etwa 6,5 Milliarden Kubikmeter, drei Viertel davon die Industrie und über ein Fünftel die privaten Haushalte.

Auch die Entwicklung des Wasseraufkommens der öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen zeigt in früheren Jahren zunächst rasante Steigerungsraten. Bis 1979 war eine Verdopplung der Ausgangsmenge von 1957 zu beobachten. Danach schwächte sich der Anstieg ab und betrug bis 1991 nur noch durchschnittlich 1 % im Jahr. Heutzutage werden etwa 70 % des Wasseraufkommens an die rheinland-pfälzischen Letztverbraucher abgegeben – der Rest wird an andere Wasserversorger weiterverteilt, ist wasserwerkseigener Verbrauch oder beinhaltet entstehende Verluste bei der Wasserabgabe.

Die Sorge um sinkende Trinkwasservorräte in der Welt macht es notwendig, den Wasserverbrauch der Einwohner genauer zu beleuchten. 1957 verbrauchte jeder Rheinland-Pfälzer durchschnittlich 108 Liter Trinkwasser pro Tag. Dieser Wert lag 1975 mit 160 Litern bereits um 50 % höher und stieg bis Anfang der 90er Jahre auf 176 Liter pro Tag. Fairerweise muß darauf hingewiesen werden, daß sich diese Größen jedoch auf die gesamte, also auch an die Industrie abgegebene Wassermenge beziehen. Von 1979 an ist es allerdings



Zunahme des Wohlstands steigert den Energieverbrauch

Der Stromverbrauch in Rheinland-Pfalz erhöhte sich in der Zeit von 1950 bis heute von 1,6 auf 25,5 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr. In der Nachkriegszeit lagen die jährlichen Zuwachsraten besonders hoch. Bereits Mitte der 50er Jahre hatte sich der Ausgangswert schon mehr als verdoppelt. Danach flachte das Wachstum etwas ab und die durchschnittlichen jährlichen Steigerungsraten gingen von 9 % in den späten 50er Jahren über 5 % in den 70ern auf 2 % in den letzten zehn Jahren zurück.

Von diesem Strombedarf für die öffentliche Versorgung wird nur etwa ein Fünftel in rheinland-pfälzischen Kraftwerken erzeugt. Als Energiequellen dienen dabei zur Hälfte Erdgas, zu einem knappen Drittel die heimische Steinkohle und, als einzige bedeutende regenerative Energiequelle, mit einem Fünftel die Wasserkraft. Der größte Teil des Stroms wird in einem Verbundsystem aus anderen Bundesländern und dem Ausland bezogen.

Größter Stromverbraucher ist nach wie vor die Industrie. Während ihr Verbrauchsanteil in den 60er Jahren noch bei zwei Dritteln lag, führte der zunehmende Einsatz von Maschinen, die weniger Strom verbrauchen, zu einem geringeren Anstieg der in der Produktion benötigten Energie. Der Bedarf ging auf knapp die Hälfte des gesamten Stromaufkommens zurück. Gleichzeitig weiteten die privaten Haushalte bis heute ihren Anteil mächtig aus. Zu Beginn der 60er Jahre reichte uns noch

möglich, den Wasserverbrauch nach Verbrauchergruppen zu unterscheiden. Seither weiß man, daß etwa 80 % des Wassers die privaten Haushalte erreichen. Diese Menge, bezogen auf die gesamte Bevölkerung, bedeutet für jeden Rheinland-Pfälzer einen Verbrauch von täglich 140 Litern. Dies sind immerhin über 50 000 Liter im Jahr. Es bleibt zu hoffen, daß die Umrüstung auf wassersparende Armaturen und Geräte in Zukunft zu einer deutlichen Verringerung beitragen kann.

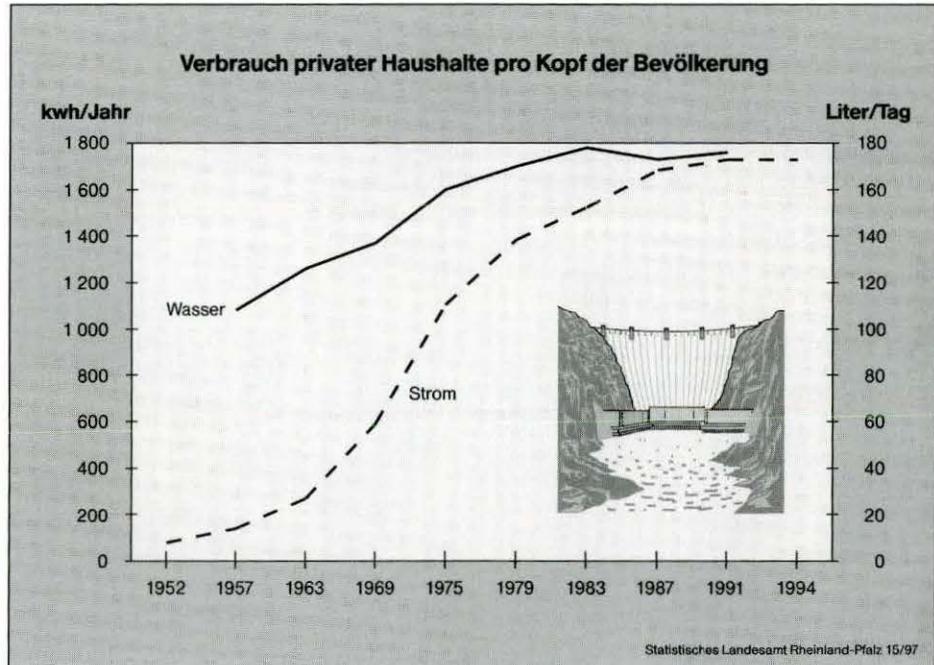
Recycling zeigt Wirkung

Eine etwas „gestelzte“ Definition besagt, daß es sich bei Abfall um bewegliche Sachen handelt, deren sich der Besitzer entledigen will oder deren geordnete Entsorgung zur Wahrung des Wohles der Allgemeinheit, insbesondere zum Schutz der Umwelt, geboten ist. Diese Beschreibung verdeutlicht, daß eine erfolgreiche Abfallwirtschaft auf die Bereitschaft zur Mitwirkung aller Bürger angewiesen ist. Müllvermeidung im privaten Bereich beginnt nämlich beim Einkauf, also bei jeder Einzelentscheidung über Verpackungsmaterialien, Wiederverwertbarkeit oder Lebensdauer von Produkten.

Erfreulicherweise sind hier in den letzten Jahren Erfolge zu verbuchen. Das gesamte Abfallaufkommen, das in den öffentlichen Entsorgungsanlagen landet, lag 1993 mit 4,4 Millionen Tonnen wieder auf dem Niveau von 1977, nachdem der Müllberg zwischenzeitlich um 2 Millionen Tonnen gewachsen war. Der Großteil dieser positiven Entwicklung geht dabei auf das Konto der privaten Haushalte. Deren Beitrag zur Müllverwertung zeigt sich am Rückgang des Haus- und Sperrmüllaufkommens um 30 %. 1993 produzierte jeder Rheinland-Pfälzer 300 Kilogramm Haus- oder Sperrmüll, vor 20 Jahren waren es noch ca. 450 Kilogramm pro Jahr. Gleichzeitig stieg gerade in den letzten Jahren durch die Etablierung spezieller Sammelsysteme die der Wiederverwertung zugeführte Menge entsprechend an. Diese Tatsache unterstreicht eindrucksvoll die Notwendigkeit zur getrennten Müllsammlung, auch wenn manch einer sich über die bunte Tonnenvielfalt im häuslichen Abstellbereich grämen mag.

Während schon in den frühen 60er Jahren die Bevölkerung praktisch vollständig an die Wasserversorgung angeschlossen war, befand sich die Abwasserentsorgung noch im Aufbau. Zwar waren 1963 schon zwei Drittel der Einwohner an die öffentliche Kanalisation angeschlossen, doch wurden nur 30 % der Abwässer in Kläranlagen gereinigt. Der Anschlußgrad an die Kanalisa-

tion stieg danach in den 70er Jahren stark an. Heute sind nur noch 3 von 100 Einwohnern nicht an die öffentliche Kanalisation angebunden. Gleichzeitig wurde durch den Einsatz erheblicher öffentlicher Mittel die



Zahl der Kläranlagen mehr als verdoppelt, was dazu führte, daß inzwischen die Abwässer von 94 % der Bevölkerung geklärt werden. Besonders hervorzuheben ist dabei die Entwicklung hin zu Kläranlagen mit biologischen Reinigungsstufen, die heute vor allem in Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern fast ausschließlich im Einsatz sind.

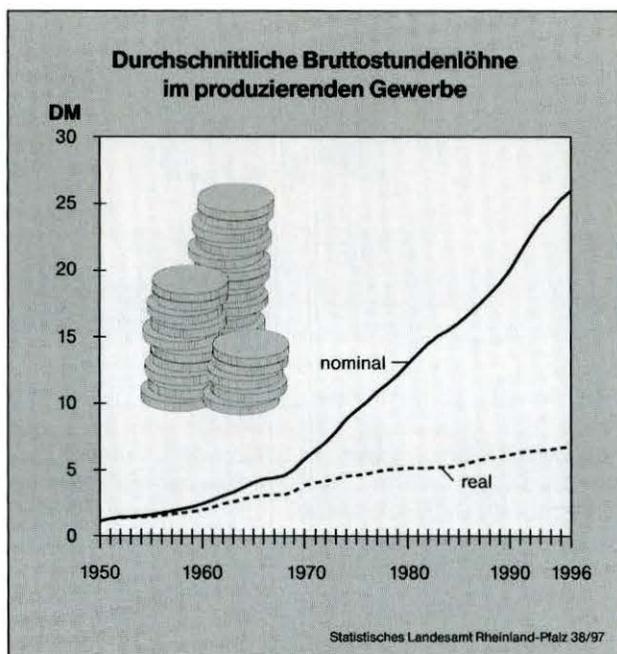
Höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten

Es ist unbestritten, daß die Arbeitnehmer in unserer Zeit trotz der teilweise kräftigen Preissteigerungen der Vergangenheit mehr Geld als früher zum Leben haben. Beim Vergleich der Stundenlöhne und Gehälter dürfen allerdings die heute sehr viel höheren Steuern und Sozialabgaben nicht außer acht gelassen werden.

Die Beobachtung der Stundenlöhne und Arbeitszeiten der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Industrie hat eine lange Tradition, die noch bis ins letzte Jahrhundert zurückreicht. Der Durchschnittslohn aller Industriearbeiter stieg von 1950 bis 1996 um das Zweiundzwanzigfache. Bei einem Stundenlohn von 25,99 DM kann man über die 1,17 DM von damals heute nur noch schmunzeln oder sich an die gute alte Zeit zurückerinnern. Arbeiterinnen steigerten ihren Lohn von 77 Pfennig auf 19,68 DM und verringerten durch die höheren Zuwachsraten den Lohnabstand zu ihren männlichen Kollegen. Verdienten die Industriearbeiterinnen 1950 erst drei Fünftel des Stundenlohnes eines Arbeiters, so waren es 1996 bereits knapp drei Viertel. Die Männer legten von 1,27 DM auf 26,84 DM zu, was einem durchschnittlichen jährlichen Verdienstzuwachs von fast 7 % entspricht. Die Verdienststeigerungen traten allerdings

nicht so gleichmäßig ein, sondern entwickelten sich nach Maßgabe der konjunkturellen Situation, der Erhöhung der Arbeitsproduktivität und der Inflationsrate. Ausgehend vom Stundenlohn von 1950 trat in den Jahren 1960, 1969, 1976 und 1990 jeweils eine Verdoppelung der Entlohnung ein.

Auch das Thema Arbeitszeit wird immer wieder mit großem Interesse verfolgt. Die durchschnittliche Arbeitszeit der Industriearbeiter betrug 1950 noch 48 Wochenstunden. Bis 1996 ist damit ein Rückgang um 10 Stunden auf jetzt 38 Stunden festzustellen. Dieser Rückgang der bezahlten Arbeitszeit verlief relativ gleichmäßig über die Jahre und zeigt nicht die krassen Veränderungen, die man bei den Übergängen von der



Sechs- auf die Fünftagewoche oder später von der 40- auf die 35-Stundenwoche hätte erwarten können. Gründe hierfür sind zum einen der Umstand, daß solche Änderungen nicht zeitgleich in allen Branchen stattfinden, und zum anderen die Tatsache, daß in der bezahlten Arbeitszeit auch die stärker schwankenden Überstunden enthalten sind. Bei diesen Durchschnittsangaben wird auch keine gravierende unterschiedliche Entwicklung bei Männern und Frauen deutlich. Es zeichnet sich allerdings eine gewisse Annäherung ab, denn 1950 arbeiteten die Frauen vier Stunden weniger als ihre Kollegen, heute sind es nur noch zwei Stunden.

Seit 1957 werden auch die Monatsgehälter der Angestellten in Industrie und Handel ermittelt. Traditionell verdienen die Industriearbeiter deutlich mehr als die größtenteils kaufmännischen Angestellten des Handels. Der Verdienstvorsprung liegt heute bei über einem Drittel. Vergleicht man die Verdienstentwicklung der Angestellten mit der ihrer als Arbeiter eingruppierten Kollegen, so ist festzustellen, daß die Monatsverdienste sogar etwas kräftiger angezogen haben. Die stärker gestiegenen Stundenlöhne wurden nämlich durch die

gesunkene Arbeitszeit überkompensiert. In den letzten 40 Jahren stiegen die Monatsgehälter der Industriearbeiter um das Zwölfwache von 511 DM auf 6 131 DM, während die Verdienste der Angestellten im Handel sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe von 314 DM auf 4 422 DM kletterten und sich damit sogar verzehnfachten.

Der Vergleich der Entwicklung der Löhne und Arbeitszeiten läßt sich abrunden, wenn man die Preise einiger Waren und Dienstleistungen in die Betrachtung mit einbezieht. Beim 1950er Stundenlohn mußte ein Industriearbeiter für 10 Eier noch 1 Stunde und 50 Minuten arbeiten, heute reicht dafür die Kochzeit eines Frühstückseies von 7 Minuten aus. Ähnlich verhält es sich bei anderen Grundnahrungsmitteln, deren absolute Preise seit den 50er Jahren gestiegen sind. Für den Erwerb eines Liters Vollmilch sank die aufzuwendende Arbeitszeit von 18 auf 3 Minuten. Bei einem halben Pfund Markenbutter lauten die entsprechenden Zeiten 70 bzw. 5 Minuten.

Doch nicht alle Preise sind gestiegen. 500 Gramm Bohnenkaffee kosteten 1950 mit 14,60 DM fast doppelt so viel wie 1996. Um sich den sonntäglichen Kaffeegenuß zu ermöglichen, mußte ein Industriearbeiter damals mehr als 12 Stunden an der Werkbank stehen. Heute benötigt man mit 17 Minuten gerade mal die Arbeitszeit von der Länge einer Kaffeepause.

Wer gut informiert sein wollte, arbeitete 1950 noch 2 Stunden und 26 Minuten für den Bezug einer Tageszeitung im Monatsabonnement. Mit 1 Stunde und 13 Minuten war es 1996 genau die Hälfte. Damals konnte man in einer Stunde Arbeitszeit genug verdienen, um 6 Briefe zu versenden, beim heutigen Porto stellt der Briefträger dafür sogar 26 Schreiben zu. Damit auch die Cineasten nicht vergessen werden: 1 Stunde Arbeitszeit genügte 1950, um mit Ingrid Bergman und Humphrey Bogart nach Casablanca zu entfliehen. Heute muß der Industriearbeiter knapp 30 Minuten schaffen, um sich die Kassenschlager von Steven Spielberg anzusehen.

Viele Bauernhöfe wurden aufgegeben

Bereits in den 50er Jahren machte die unzureichende Flächenausstattung vieler rheinland-pfälzischer Betriebe die Erwirtschaftung eines angemessenen Familieneinkommens nicht möglich. Nicht nur in den ertragschwachen Mittelgebirgsregionen war die Landwirtschaft von einer kleinbäuerlichen Struktur geprägt. Als Folge des geltenden Erbrechts hatten sich ungünstige Betriebsgrößen und Flurzersplitterungen über Jahrhunderte herausgebildet und boten schlechte Entwicklungschancen.

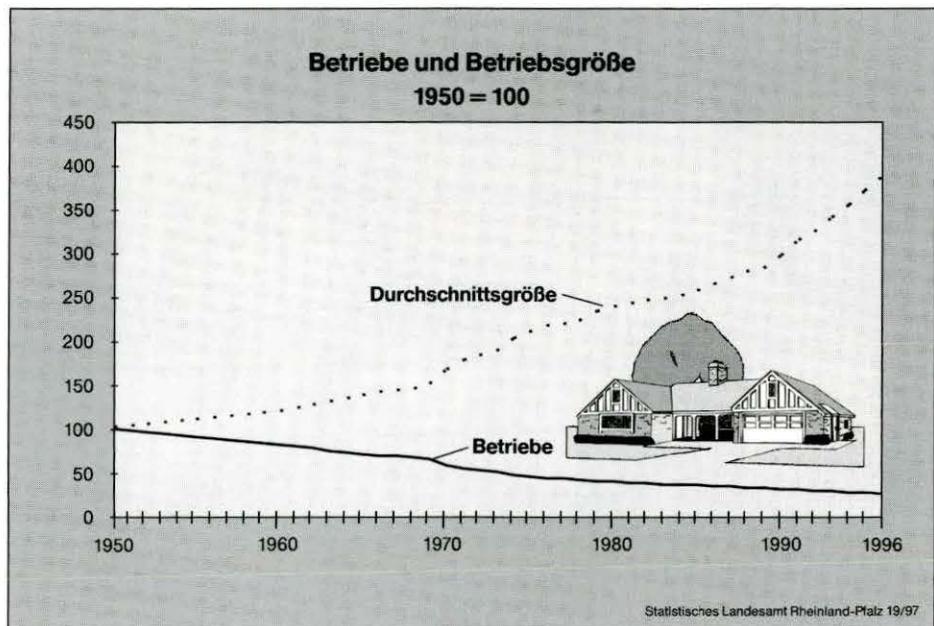
Im Jahr 1960 gab es in Rheinland-Pfalz nur noch 80 % der 1949 existierenden Betriebe, und dies, obwohl viele vertriebene oder geflüchtete Bauern mit ihren

Familien auf landwirtschaftlichen Neben- und Vollerwerbsstellen eingegliedert wurden. Vor allem kleine Betriebe ohne Sonderkulturen wie Gemüse, Obst oder Wein wurden aufgegeben. Bis heute blieben lediglich 20 % der Betriebe mit völlig veränderter Größenstruktur übrig. Der Anteil der Betriebe mit 20 und mehr Hektar ist seit 1949 von 1,2 auf 25 % gestiegen. Die durchschnittliche Betriebsgröße hat sich mehr als vervierfacht. Trotz dieses Wachstums waren in Rheinland-Pfalz immer mehr Bauern und Winzer gezwungen, zusätzlich eine außerlandwirtschaftliche

Erwerbsmöglichkeit zu suchen. 1995 bewirtschaftete nur noch knapp die Hälfte der Landwirte ihren Hof im Haupterwerb. 1960 konnten dies noch über 70 %

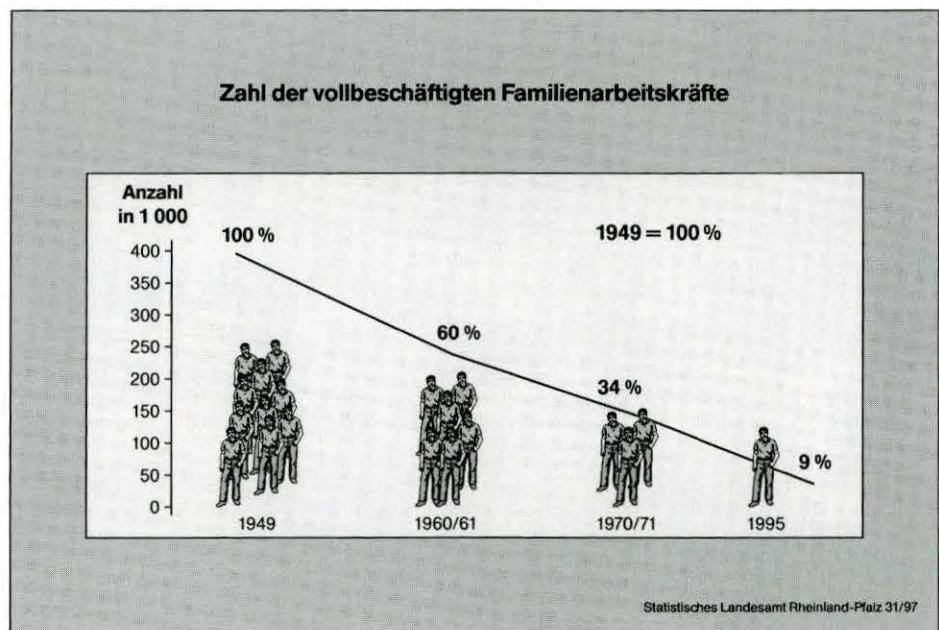
Oftmals bessere und leichtere Verdienstmöglichkeiten in anderen Wirtschaftsbereichen trugen dazu bei, daß immer weniger Menschen in der Landwirtschaft arbeiteten. Die Zahl der im Betrieb und Haushalt vollbeschäftigten Familienarbeitskräfte verringerte sich von 1949 bis Anfang der 70er Jahre auf nur noch 34 % der ehemals Beschäftigten und ging bis heute sogar auf nur noch 9 % zurück. Sie nahm damit deutlich stärker ab als die Zahl der Betriebe.

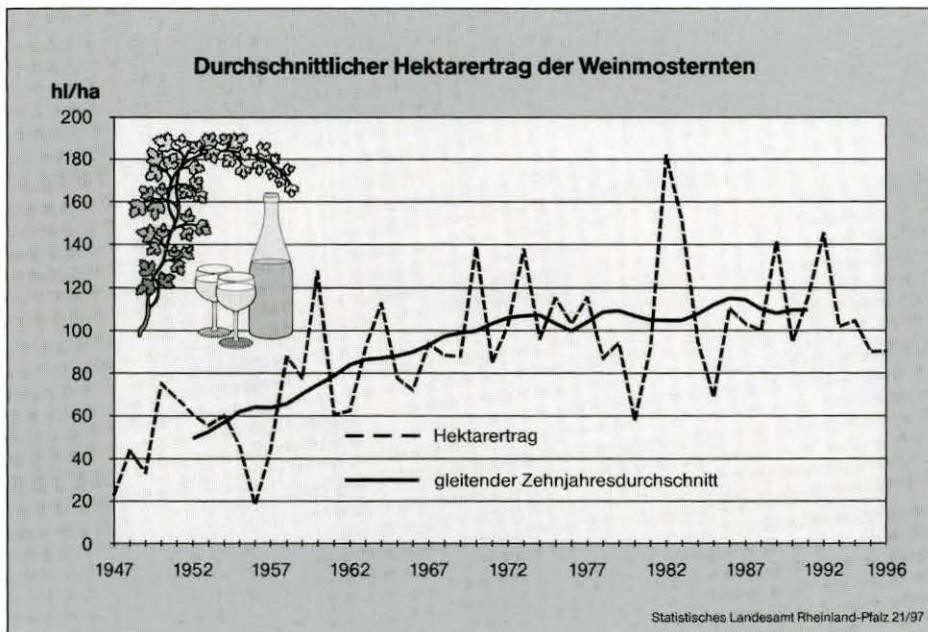
Allein durch die Mechanisierung ergaben sich für die bäuerliche Arbeitswelt einschneidende Veränderungen. Der Schlepper ersetzte die Arbeitskraft von Zugochsen, Arbeitskühen und Pferden. 1950 gab es erst 4 600 Schlepper, aber 87 800 Pferde und 219 200 Arbeitskühe. Fast die Hälfte des Zugkräftepotentials wurde damit von Pferden gestellt, weitere 30 % von Arbeitskühen, die mit einer geringeren Zugleistung als Pferde eingerechnet wurden. Jede zweite Kuh mußte außer der Milchleistung auch noch Zugleistung bringen. Vor allem in den ärmeren Mittelgebirgsregionen, wie im Westerwald, war es gang und gäbe, daß Kühe neben der Milchgewinnung auch zur Arbeit benutzt wurden. Spezielle Zugochsen spielten eine geringere Rolle. Schon 1955 war jedoch die Zahl der Schlepper auf



über 30 000 gestiegen und bis Mitte der 60er Jahre auf über 80 000. 1964 wurden nur noch etwas mehr als ein Zehntel der Arbeitskühe gezählt. Der Pferdebestand war stetig zurückgegangen.

Die weitreichenden technischen Neuerungen in der Feld-, Hof- und Innenwirtschaft ermöglichten es, daß eine Arbeitskraft immer mehr Tiere versorgen und mehr Fläche bewirtschaften konnte. Zwischen 1970 und 1995 verringerte sich der Arbeitskräftebesatz je 100 Hektar in Rheinland-Pfalz um fast 64 %. Aber auch die Ertragsleistungen der Tiere und Nutzpflanzen wurden deutlich verbessert. Die jährliche Milchleistung je Kuh verdreifachte sich von 1 787 Litern im Jahr 1950 auf heute 5 373 Liter. Der Getreideertrag wurde jährlich um 1,7 % gesteigert. Er nahm von durchschnittlich 27 Dezitonnen pro Hektar in der ersten Hälfte der 50er Jahre auf 53 Dezitonnen pro Hektar in der ersten Hälfte der 90er Jahre zu und hat sich damit fast verdoppelt.





Der Weinbau gewann an Bedeutung

Nach dem Krieg wurde in rund 30 % der landwirtschaftlichen Betriebe Wein angebaut. Wesentlich häufiger als heute war eine Kombination von Weinbau und Landwirtschaft sogar mit Viehhaltung anzutreffen. Der Weinbau hat in Rheinland-Pfalz innerhalb der Landwirtschaft in der Nachkriegszeit zunehmend an Bedeutung gewonnen. Betriebe mit Weinbau wurden weniger häufig aufgegeben, so daß heute über 40 % der landwirtschaftlichen Betriebe Rebland bewirtschaften. Unter anderem mit Hilfe der Flurbereinigung konnte die Produktivität der Weinbaubetriebe und ihre Struktur erheblich verbessert werden. Im Schnitt bewirtschaftet heute jeder rheinland-pfälzische Winzer gut 3 Hektar Rebfläche.

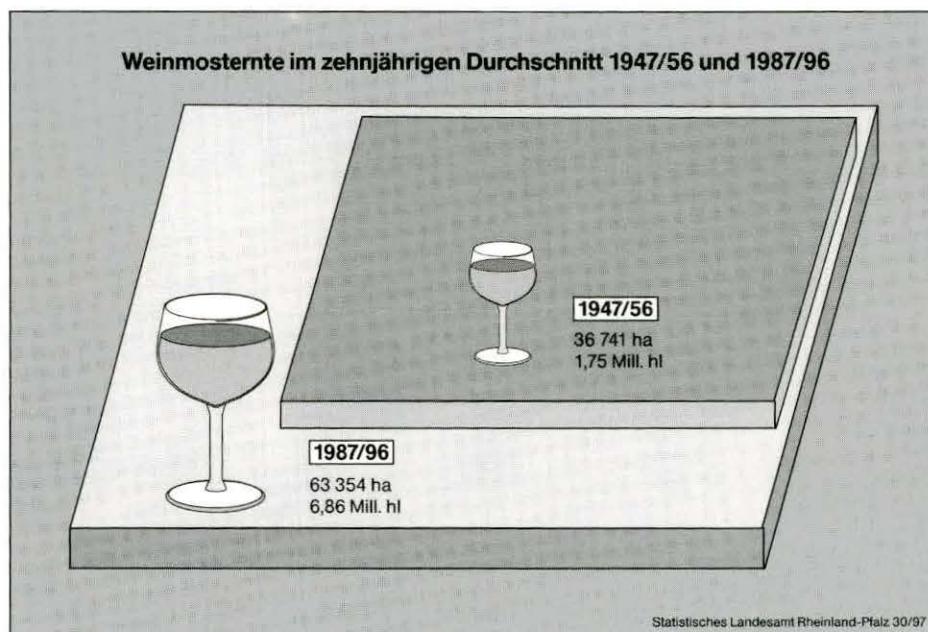
Der Anteil der Rebfläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche hat seit 1950 um 5 Prozentpunkte auf

65 000 Hektar verdoppelt. Nur an der Ahr gab es keine wesentliche Veränderung und am Mittelrhein sogar eine deutliche Abnahme.

Obwohl der Rotweinanbau in den letzten Jahren landesweit einen Anteil von fast 12 % an der Ertragsrebfläche erreicht hat, ist außer an der Ahr seit jeher der Weißweinanbau vorherrschend. Wie die Erträge im Ackerbau konnte aufgrund des biologisch-technischen Fortschritts auch der durchschnittliche Weinmostertrag nach dem Krieg deutlich gesteigert werden. Wurden in den 50er Jahren durchschnittlich 59 Hektoliter je Hektar geerntet, waren es in den 80er Jahren schon gut 50 % mehr. Bei der bislang höchsten Weinmosternte im Jahr 1982 von insgesamt über 10 Millionen Hektolitern wurden pro Kopf eines jeden Rheinland-Pfälzers 290 Liter Weinmost geerntet. Die EU-weit gesättigten Märkte führten dazu, daß zur Angebotsregelung ab 1989 eine

auf den Hektar bezogene Mengenbegrenzung eingeführt wurde, wodurch in den letzten Jahren vermehrt qualitätsfördernde und ertragsbegrenzende Anbautechniken angewandt wurden.

Im Zuge der allgemeinen Spezialisierung sind heute über 70 % der Betriebe mit Rebfläche reine Weinbaubetriebe ohne sonstige Landwirtschaft. Mehr als die Hälfte aller Betriebe baut die gesamte Ernte oder einen Teil davon auch selbst aus, der Rest liefert seine Ernte zur weiteren Verarbeitung an Genossenschaften, Erzeugergemeinschaften oder an den Weinhandel.



Rheinland-pfälzische Industrie im Umbau

Heute gibt es in Rheinland-Pfalz rund 2 500 Betriebe des verarbeitenden Gewerbes. Ihre Zahl hat in den letzten 25 Jahren um rund 800 abgenommen. In der ersten Hälfte der 70er Jahre hatte dieser Wirtschaftsbereich mit 427 000 den höchsten Beschäftigtenstand. Seitdem ist er bis Mitte der 90er Jahre auf rund 335 000 Mitarbeiter gesunken. Damit war der Personalstand aber immer noch um die Hälfte größer als 1950. Seit damals wurden fast 108 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und erhalten. Allerdings wurde die menschliche Arbeitskraft zunehmend durch automatisierte Fertigungsprozesse ersetzt. Der Anteil der Arbeiter und Arbeiterinnen nahm von über 80 auf 65 % ab.

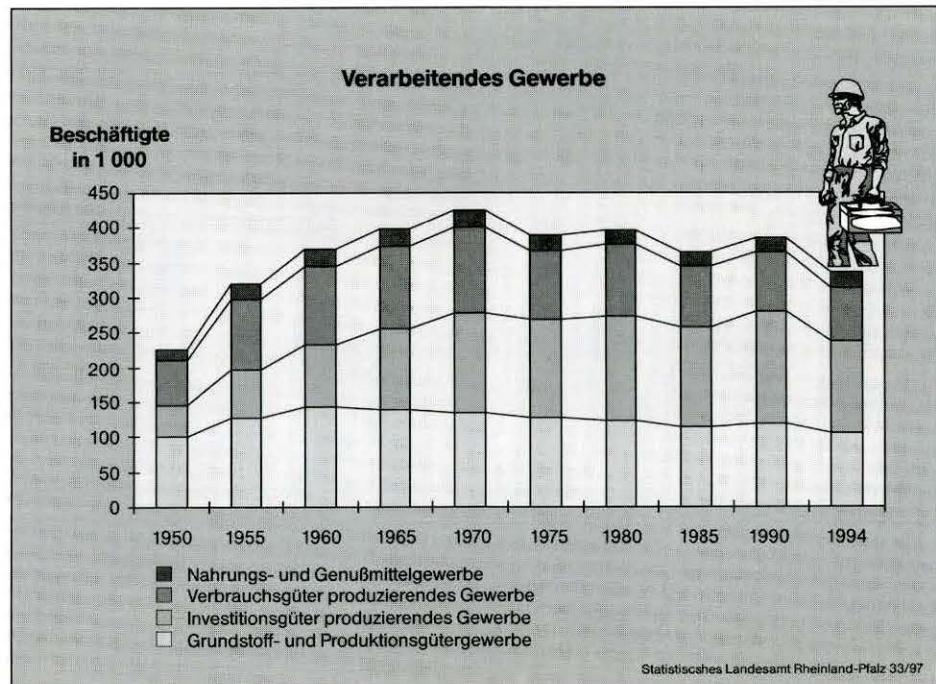
Das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe beschäftigte von allen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes noch bis Ende der 60er Jahre die meisten Arbeitnehmer. Dazu trugen maßgeblich die chemische Industrie sowie Industrien zur Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden und auch der Bergbau bei. Heute rangiert es hinsichtlich der Beschäftigten an zweiter Stelle nach dem Investitionsgüter produzierenden Gewerbe.

Zu den Arbeitsplatzverlusten im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich trug bei, daß in der ersten Hälfte der 60er Jahre der Erzbergbau eingestellt wurde, was durchaus eine spürbare Abnahme der Arbeitnehmerzahl bewirkte. Nach dem Wiederaufbau verlor auch die Industrie der Steine und Erden als Produzent von Baustoffen, und damit abhängig von der Baukonjunktur, an Bedeutung. In diesem ehemals nach der chemischen Industrie als Arbeitgeber zweitgrößten Wirtschaftszweig ging die Zahl der Beschäftigten seit 1950 auf weniger als die Hälfte zurück. Von den rund 400 Betrieben blieben keine 250 übrig. Weit positiver verlief dagegen die Entwicklung in der chemischen Industrie, zu deren rund 100 Betrieben die BASF als einer der größten rheinland-pfälzischen Arbeitgeber zählt. In diesem Wirtschaftszweig hatte sich bis zum Beginn der 70er Jahre die Beschäftigtenzahl sogar nahezu verdoppelt.

Kompensiert wurden die Arbeitsplatzverluste im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich durch einen rasanten Aufschwung in der Produktion von Investitionsgütern, wo mittlerweile knapp 40 % aller Beschäftigten tätig sind. Hier wurde ihre Zahl bis zum Beginn der 70er Jahre insgesamt verdreifacht. Der Schwerpunkt dieses Aufschwungs lag in den 60er Jahren und war durch die Gründung von Zweigbetrieben großer Unter-

nehmen gekennzeichnet. Maßgeblich trugen dazu Neuan siedlungen von Betrieben des Fahrzeugbaus und von EDV-Geräteherstellern bei. Die Namen von Unternehmen wie Daimler-Benz und Opel sind seither von großer Bedeutung für den Arbeitsmarkt in Rheinland-Pfalz. Fast ein Drittel aller Beschäftigten des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes sind heute in der Herstellung von EDV-Geräten und EDV-Einrichtungen oder im Maschinenbau tätig, 29 % im Kfz-Bereich.

Während im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe seit jeher weniger als ein Zehntel der Beschäftigten des verarbeitenden Gewerbes arbeiten, spielte die Produktion von Gebrauchsgütern noch bis in die 60er Jahre hinein für die Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe eine größere Rolle als die Produktion von Investitionsgütern. Der Rückgang auf zuletzt weniger als ein Viertel der Beschäftigten ist u. a. auf die anhaltende Strukturkrise in der Schuhindustrie zurückzuführen. In diesem Wirtschaftszweig konnte nur noch jeder dritte der ursprüng-



lichen Arbeitsplätze gehalten werden. Auch das Textilgewerbe zählt zu den schrumpfenden Branchen. Stark expandieren konnte dagegen die Kunststoffwarenindustrie. Zu Beginn der 50er Jahre gab es in diesem Wirtschaftszweig erst 9 Betriebe mit weniger als 1 % der Beschäftigten des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes. Heute arbeitet in rund 160 Betrieben ein Viertel der Beschäftigten dieses Bereichs. Zu den Wachstumsbranchen bei der Verbrauchsgüterproduktion ist auch die Glasindustrie zu rechnen, die heute zusammen mit den Holzverarbeitenden Betrieben weitere 28 % der Arbeitsplätze bietet.

Große Bedeutung der Auslandsmärkte für die Unternehmen

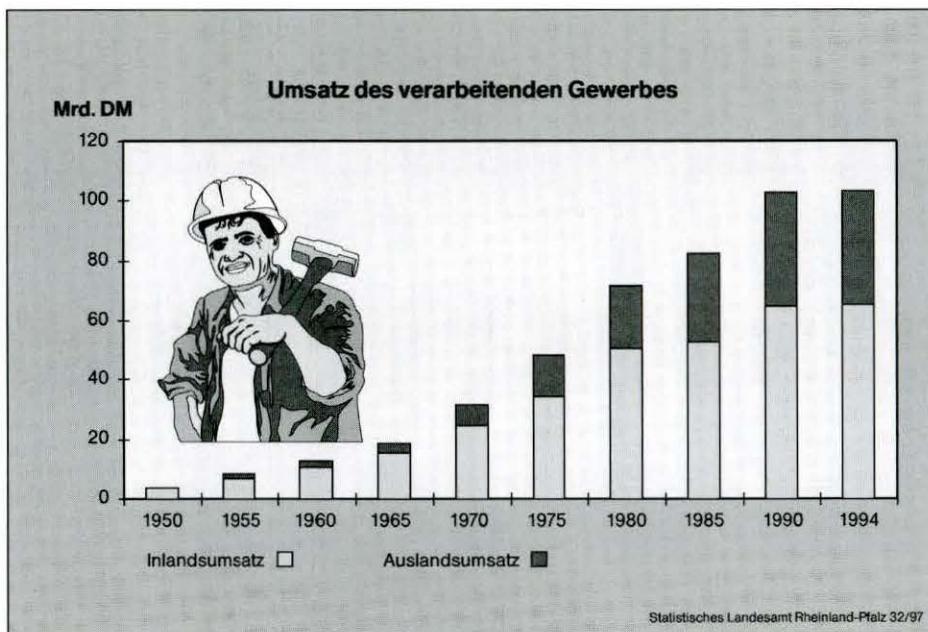
Sicherlich hat die sich wandelnde Wirtschaft, in der menschliche Arbeitskraft zunehmend durch technische Produktionsmittel ersetzt wird, auch zu dem Auf-

schwung in den Investitionsgüter produzierenden Industrien geführt. Natürlich trägt auch die steigende internationale Wirtschaftsverflechtung zu den Veränderungen bei.

Nachdem in den 50er Jahren ein jährliches Wachstum von durchschnittlich 12 % zu einer Verdreifachung des Produktionsvolumens führte und sich die Produktion in den 60er Jahren mit einem Wachstum von knapp 10 % jährlich immerhin noch mehr als verdoppelte, belief sich die Wachstumsrate von 1970 bis 1980 im Mittel nur noch auf 3 %. Die 80er Jahre brachten zunächst eine mäßige Investitionsbelegung. Gegen Ende der 80er und zu Beginn der 90er Jahre wurde dann aufgrund der anhaltenden konjunkturellen Hochphase in nahezu allen Wirtschaftszweigen des verarbeitenden Gewerbes vermehrt investiert. Auch das Produktionsvolumen nahm seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre wieder zu. Lediglich in einzelnen schrumpfenden Branchen, wie z. B. der Schuhindustrie, gingen die Investitionen auch in dieser Zeit zurück.

Traditionell besondere Bedeutung hat der Export in der chemischen Industrie, die über die Hälfte ihres Umsatzes im Ausland erzielt. Aber auch für den Maschinenbau und den EDV-Bereich sowie im Fahrzeugbau spielen die Auslandsumsätze mit einem Anteil von über 40 % eine bedeutende Rolle.

Von den sowohl in Deutschland wie im Ausland vom verarbeitenden Gewerbe insgesamt umgesetzten 103 Milliarden DM entfallen heute fast drei Viertel zu ungefähr gleichen Teilen einerseits auf das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mit der chemischen Industrie als Hauptumsatzträger und andererseits auf das Investitionsgütergewerbe, dessen umsatzträchtigster Zweig der Fahrzeugbau ist. Allein die beiden genannten stärksten Umsatzträger erwirtschaften zusammen 43 % des Gesamtumsatzes des verarbeitenden Gewerbes, anderthalbmal soviel wie das Verbrauchsgüter produzierende und das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe zusammen.



Bezogen auf die Zahl der Beschäftigten erzielte allerdings das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe als Wirtschaftszweig mit einem hohen Automationsgrad, beispielhaft seien hier nur die Abfüllanlagen der Getränkeindustrie genannt, zuletzt mit rund 490 000 DM den höchsten Umsatz je Beschäftigtem. Über 400 000 DM pro Kopf werden ansonsten nur in einzelnen Wirtschaftszweigen, zu nennen sind hier wiederum die chemische Industrie und der Fahrzeugbau, erzielt. Der Maschinenbau zusammen mit den Herstellern von EDV-Geräten und auch die Hersteller von Kunststoffwaren, letztere

sind wichtigster Umsatzträger in der Verbrauchsgüterproduktion, bleiben deutlich unter 300 000 DM.

Wesentliche Wachstumsimpulse gingen und gehen für das verarbeitende Gewerbe vom Außenhandel aus. Die geographische Lage des Landes, sozusagen im Herzen Europas, förderte vor allem in der Zeit, als die Vorteile der neu gegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ihre Wirkung zeigten, verstärkte Aktivitäten der Unternehmen auf den Auslandsmärkten; sie sind auch heute eine treibende Kraft. Der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz wurde von 1950 bis 1970 auf 22 % verdoppelt und nahm bis Anfang der 80er Jahre auf gut 35 % zu. Dieses Niveau hat die sogenannte Exportquote weitestgehend beibehalten, bis sie 1991 vorübergehend gedrückt wurde. Bei tendenziell rückläufigen Auslandsgeschäften erfuhren die Inlandsumsätze, getragen durch einen vereinigungsbedingten Nachfrageschub, einen deutlichen Anstieg. Bereits 1994 gewannen die Auslandsumsätze jedoch wieder an Boden und die Exportquote erreichte erneut ihr vorheriges Niveau. Sie macht Rheinland-Pfalz unter den Flächenländern im Bundesgebiet zum Exportspitzenreiter.

Neue Handwerkszweige entstehen

Das rheinland-pfälzische Handwerk beschäftigte im auftragsstarken Jahr 1994 insgesamt über 278 000 Arbeitskräfte, das sind fast 94 000 oder gut 50 % mehr als noch Ende der 40er Jahre. Dagegen ist die Zahl der selbständigen Handwerksunternehmen einschließlich der Nebenbetriebe gegenüber 1949 um annähernd die Hälfte zurückgegangen. Damit sind die Handwerksbetriebe größer geworden und beschäftigen heute im Durchschnitt neun Personen gegenüber drei Arbeitskräften Ende der 40er Jahre.

Der allgemeine Strukturwandel drückte sich beispielsweise durch die Schaffung vieler neuer Arbeitsplätze im Gewerbe für Gesundheits- und Körperpflege und im chemischen und Reinigungsgewerbe aus. Auch

im Elektro- und Metallgewerbe hat die Beschäftigung stark zugenommen. Hier findet heute jeder dritte Handwerker Arbeit. Gut jeder vierte Arbeitsplatz ist im Bau- und Ausbaugewerbe angesiedelt. Im Holzgewerbe verlief die Beschäftigtenentwicklung bis weit in die 80er Jahre negativ, als die Zahl der Arbeitskräfte gegenüber 1950 zeitweise fast halbiert wurde. In den letzten Jahren ging es wieder aufwärts. Anhaltender und ausgeprägter war der Schrumpfungsprozeß im Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe, das Ende der 40er Jahre mit mehr als 32 000 Beschäftigten hinter dem Bau- und Ausbausowie dem Metallgewerbe an dritter Stelle der Handwerkszweige gelegen hatte und inzwischen fast bedeutungslos geworden ist. Vergleichsweise stabil blieb die Beschäftigungssituation im Nahrungsmittelgewerbe.

Unter den vielen Handwerksberufen sind Friseure, Kraftfahrzeugmechaniker und Tischler am häufigsten vertreten. Einen sehr wichtigen Gewerbebereich stellen heute die Gebäudereiniger dar, wo 24 000 Personen arbeiten, hierunter sehr viele in Teilzeit. Zu den Gewinnern des Strukturwandels gehören Handwerksberufe, die im expandierenden Gesundheitswesen tätig sind. Hierzu zählen Zahntechniker und Hörgeräteakustiker. Konjunktur haben aber auch Fernmeldeanlagenelektroniker. An Bedeutung verloren haben Schneider und Schuhmacher.

Supermärkte lösen „Tante-Emma-Läden“ ab

War in den Anfangsjahren der kleine Einzelhändler noch fast in jedem Ort zu finden, so gibt es heute viele Dörfer in Rheinland-Pfalz, in denen keine Einkaufsmöglichkeiten mehr bestehen oder nur noch der Grundbedarf gedeckt werden kann. Zu diesem Wandel haben auch die auf der grünen Wiese errichteten großen Einkaufszentren beigetragen.

Der Anstieg der Beschäftigtenzahl in den Einzelhandelsbetrieben von gut 80 000 im Jahr 1950 auf knapp 116 000 im Jahr 1968 und gut 160 000 im Jahr 1993 überdeckt die unterschiedliche Entwicklung in den einzelnen Branchen. Der Einzelhandel mit pharmazeutischen, medizinischen und kosmetischen Erzeugnissen expandierte stärker als jeder andere Fachhandel. Im Einzelhandel mit breitem Warensortiment verfügten die Betriebe über immer mehr Verkaufsfläche und drängten in die Peripherie der Ballungsräume. Im Fachhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln ist der Konkurrenzdruck besonders stark zu spüren. Bindungen an Einkaufs- und Verkaufsvereinigungen, Ketten und Gruppen trugen zur Entlastung bei, Konzerne wurden marktbeherrschend. Die deutliche Zunahme der Beschäftigung bei einer über längere Zeit abnehmenden Zahl von Einzelhandelsbetrieben ist vor allem eine Folge der starken Konzentration, die in den letzten Jahrzehnten stattgefunden hat. Erst in den 80er und beginnenden 90er Jahren erhöhte sich die Zahl der Einzelhändler wieder.

Die durch die Motorisierung gestiegene Mobilität der Kunden und die hiermit einhergehende Verkehrsmisere in den Innenstädten führten dazu, daß sich große Verbrauchermärkte in verkehrsgünstigen Lagen auf der grünen Wiese ansiedelten und damit zur Schließung etlicher, vor allem kleinerer Geschäfte beitrugen. Zwei

Drittel der Betriebe hatten Anfang der 60er Jahre jeweils nicht mehr als zwei Beschäftigte. Vor gut zehn Jahren hatte immer noch knapp die Hälfte der über 23 000 Einzelhandelsbetriebe nur einen oder zwei Mitarbeiter. Inzwischen sind dies nur noch 43 % der Einzelhändler. Arbeiteten anfangs 30 % der Beschäftigten in größeren Geschäften mit jeweils 10 und mehr Arbeitskräften, hat heute etwa die Hälfte aller Arbeitnehmer im Einzelhandel mehr als 10 Kolleginnen und Kollegen. Der Umsatzanteil der größeren Händler erhöhte sich in diesem Zeitraum nachhaltig von weniger als 40 % auf annähernd 60 %.

Neben der Preisentwicklung trugen vor allem die Steigerung der Masseneinkommen und das veränderte Konsumverhalten der Verbraucher in den Nachkriegsjahren zur Ausweitung der Umsätze bei. Der Umsatz des Einzelhandels lag Anfang der 50er Jahre bei 1,7 Milliarden DM, zehn Jahre später wurden bereits 4 Milliarden DM umgesetzt. Bis Ende der 70er Jahre konnten die Umsätze auf 17,5 Milliarden DM ausgeweitet werden. Im Geschäftsjahr 1992 waren es dann 33 Milliarden DM. Seit Ende der 80er Jahre stagniert der Einzelhandel, weil mit realen Einkommensverlusten und hoher Arbeitslosigkeit die Konsumneigung beeinträchtigt wird, die sich auch nicht so schnell durch Dienstleistungsabende und ein neues Ladenschlußgesetz stimulieren läßt.

In mehreren Branchen fand in den 60er und 70er Jahren ein Übergang vom Fachhandel zum breiten Sortimentshandel statt. Bis 1970 waren es zunächst die Warenhäuser, die mit Erfolg räumlich konzentriert auf großer Fläche ihre Produktvielfalt anboten. Mit SB-Warenhäusern und Verbrauchermärkten kamen dann Betriebsformen auf, die für den Einzelhändler Kostenvorteile erwarten ließen. Discount-Märkte folgten auf dem Fuße. In den letzten Jahren läßt sich andererseits auch wieder eine Spezialisierung und Zielgruppenorientierung erkennen; der souveräne Konsument wird von Erlebnisereinkäufen angelockt und entscheidet bei allen Neuerungen relativ schnell, welches Unternehmen mit welchem Konzept Erfolg am Markt hat.

Steiler Anstieg der Motorisierung

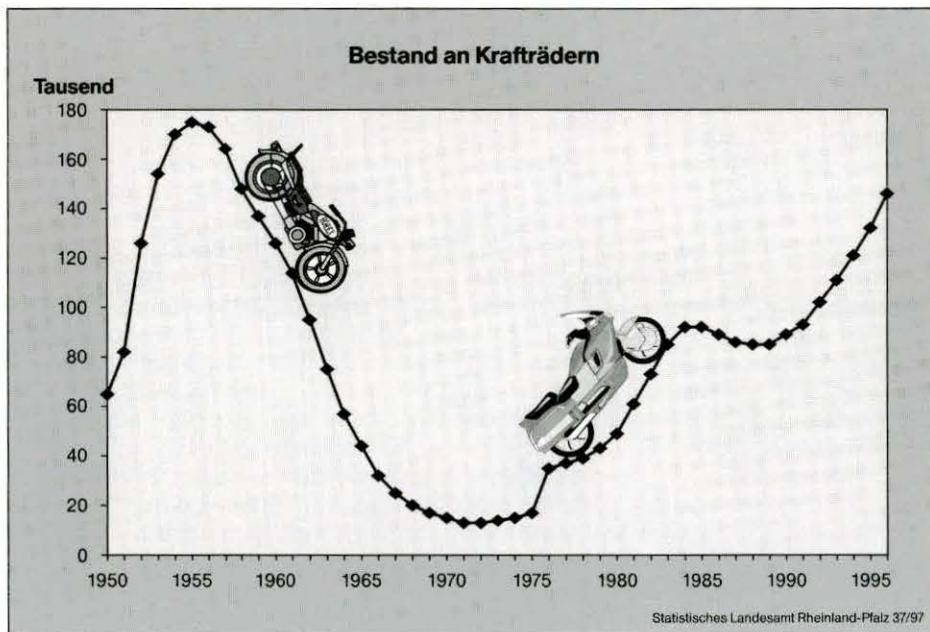
Anfang der 50er Jahre sorgten in erster Linie die Motorräder für ein schnelles Ansteigen des Fahrzeugbestandes und der persönlichen Mobilität. Es gab zu diesem Zeitpunkt nur rund 31 000 Personenwagen. Von den insgesamt gut 32 000 Neuzulassungen waren damals nur knapp 7 800 Personenkraftwagen und 18 000 oder 56 % Krafträder. Im Jahr 1958 kam die Wende in der Motorisierung. Den 187 800 zugelassenen PKW standen 148 400 Motorräder gegenüber. In den folgenden Jahren nahm die Zahl der Motorräder rasch ab, wogegen in den 60er Jahren die Massenmotorisierung mit dem PKW ihren rasanten Anfang nahm. So hat sich der PKW-Bestand von Ende der 50er Jahre innerhalb eines Jahrzehnts mehr als vervierfacht. Ende 1973 wurde erstmals die Millionengrenze überschritten, und heute liegt der Fahrzeugbestand in Rheinland-Pfalz bei deutlich mehr als 2,1 Millionen. Die Motorräder erreichten zu Beginn der 70er Jahre mit 12 800 angemeldeten Maschinen einen Tiefstand, bei den Neuzu-

lassungen lag ihr Anteil weit unter 1 %. Nachdem in diesem Zeitraum neue leistungsstarke Motorräder auf den Markt kamen, entdeckte eine steigende Zahl von Menschen das Motorrad als Sport- und Hobbyfahrzeug. Die Zahl der Zulassungen stieg rasch an. Heute machen die Motorräder wieder über 8 % aller Neuzulassungen aus, ihr Bestand ist auf über 142 000 gestiegen.

Der Personennahverkehr der rheinland-pfälzischen Straßenverkehrsunternehmen verzeichnete trotz des rasch zunehmenden Individualverkehrs von Anfang der 50er bis zur Mitte der 70er Jahre wachsende Beförderungsleistungen. Bereits in den 50er Jahren war der städtische Personenverkehr durch eine Verlagerung von den Straßenbahnen zu den beweglicheren Oberleitungs- und Kraftomnibussen gekennzeichnet. Heute sind Straßenbahnen nur noch in Mainz und Ludwigshafen im Einsatz. Einem langdauernden Nachfrageanstieg in den frühen Jahren folgte seit Mitte der 70er Jahre eine anhaltende Abwärtsentwicklung.

So verringerte sich die Gesamtzahl der mit Bussen und Straßenbahnen beförderten Personen in Rheinland-Pfalz von Mitte der 70er bis Anfang der 90er Jahre um mehr als ein Drittel auf knapp 233 Millionen jährlich. Im Linienverkehr gingen die Beförderungszahlen im gleichen Umfang zurück, speziell im Berufsverkehr sogar um fast drei

Viertel auf 2,8 Millionen Beförderungsfälle. Seither zeigt der öffentliche Personenverkehr wieder eine Aufwärtsentwicklung.



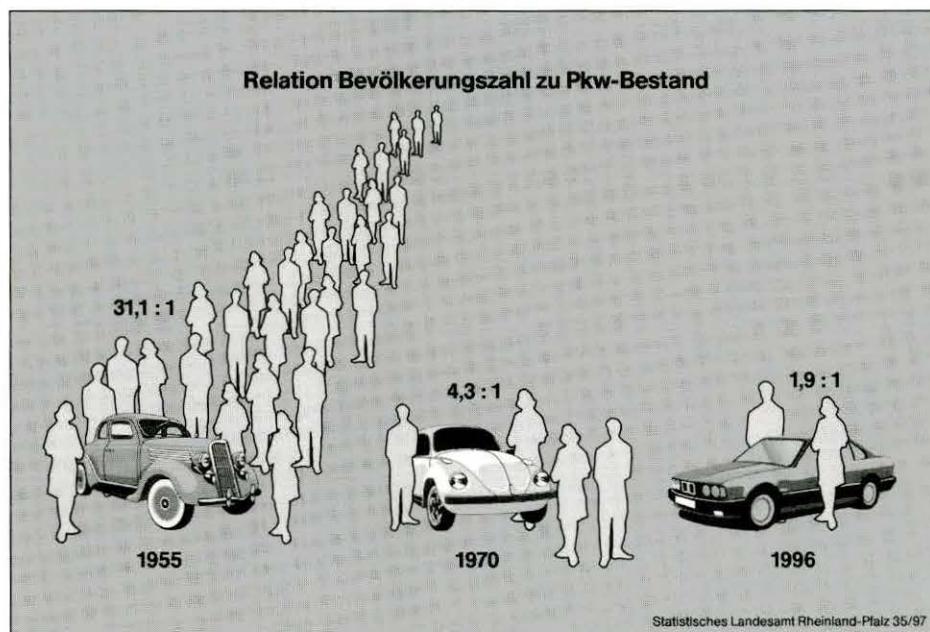
Die starke Zunahme der Personenwagen hat die Fahrzeugdichte trotz steigender Bevölkerungszahl kräftig erhöht. Wenn zu Beginn der 50er Jahre ein Autobesitzer in sein Fahrzeug einstieg, schauten ihm dabei noch 100 Kinder und Erwachsene interessiert zu. Heute hat nur etwa jeder zweite aus der Bevölkerung kein eigenes Auto. Gleichzeitig hatte der enorme Anstieg der privaten Kraftfahrzeuge starken Einfluß auf das Wohnverhalten und die Freizeitgestaltung der Menschen. Die Bürger konnten größere Anfahrtswege zu ihrem Arbeitsplatz in Kauf nehmen sowie arbeitsfreie Zeit und Urlaub individueller und mobiler verbringen.

Seither zeigt der öffentliche Personenverkehr wieder eine Aufwärtsentwicklung.

Mehr Autos, weniger Verkehrsunfälle

Die Zahl der Verkehrsunfälle ist seit Einführung der Unfallstatistik im Jahr 1950 zunächst stetig gestiegen. Einen spürbaren Rückgang der Zahlen gab es in den Jahren 1973 und 1974 durch die veränderten Fahrge-

wohnheiten infolge des durch die Ölkrise ausgelösten Preisschocks bei Treibstoffen. Seit dem Höchststand des Jahres 1988 mit über 129 700 Unfällen sanken die Unfallzahlen spürbar. Deutlich früher setzte der Rückgang der Zahl der getöteten und verletzten Unfallopfer ein. So war 1971 mit etwas mehr als 1 200 Getöteten das Jahr mit den meisten Unfalldtoden. In der Folge reduzierte sich deren Zahl stetig. Die Zahl der Verletzten blieb nach andauerndem Anstieg in den 60er und 70er Jahren auf hohem Stand. Jahr für Jahr erlitten zwischen 26 000 und 33 000 Unfallopfer leichte oder schwere Verletzun-



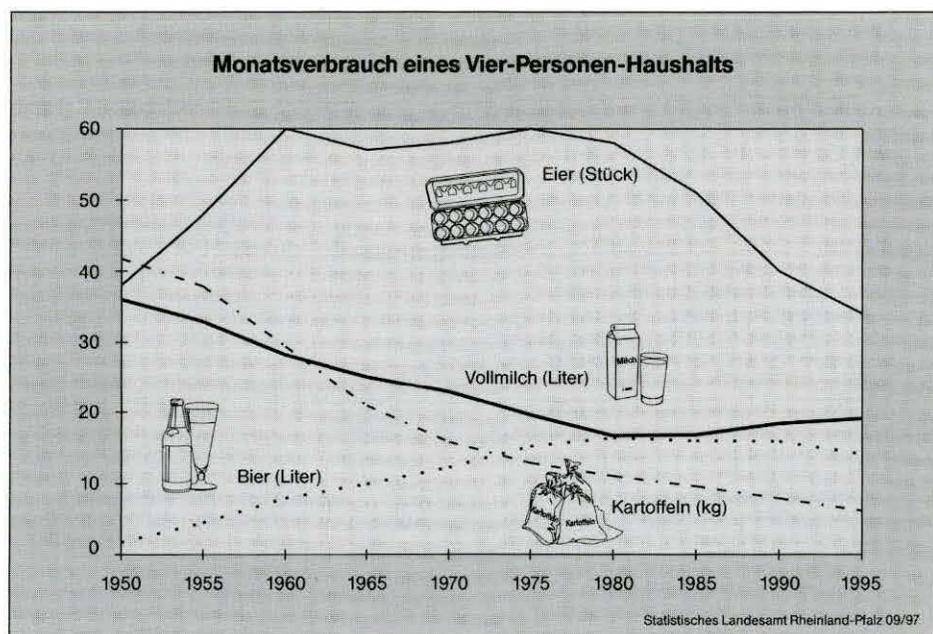
gen. Seit Ende der 70er Jahre ist die Entwicklung rückläufig. Die heutige Zahl liegt so niedrig wie zuletzt im Jahr 1958.

Die in den 70er und 80er Jahren trotz steigender Unfallzahlen zu beobachtende rückläufige Zahl der Verunglückten läßt sich mit der Fülle der in diesen Jahren umgesetzten Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr erklären. Als wesentliche Maßnahmen des Gesetzgebers gelten Tempo 100 auf Landstraßen, 0,8-Promillegrenze, Richtgeschwindigkeit auf Autobahnen, Helmpflicht und Gurtanlegepflicht. Außerdem gab es eine Reihe von Verbesserungen an den Fahrzeugen durch die Hersteller, wie Kopfstützen, Anti-Blockier-System, Airbag und Seitenaufprallschutz.

Zum Rückgang der Verkehrstoten dürften auch der Ausbau und die Verbesserung des Rettungswesens, die Einführung der Luftrettung sowie die Fortschritte auf dem Gebiet der Unfallmedizin beigetragen haben. Weitere Gründe für die rückläufigen Verletzten- und Getötetenzahlen sind ganz sicher auch in gezielten straßenbaulichen Maßnahmen, langjähriger differenzierter Unfallforschung und den Maßnahmen zur Verkehrserziehung und -aufklärung zu sehen. In der Statistik schlagen sich all diese Entwicklungen deutlich nieder. So waren im Jahr 1970 an Unfällen mit Personenschaden 28 200 PKW beteiligt. In diesen Fahrzeugen starben fast 650 Menschen. 1995 waren es 24 600 PKW und 270 getötete Personen.

gewerbliche Tabakpflanzler, die 94 % des in den mehr als 200 rheinland-pfälzischen „Tabakwarenherstellungsbetrieben“ verarbeiteten Rohtabaks lieferten.

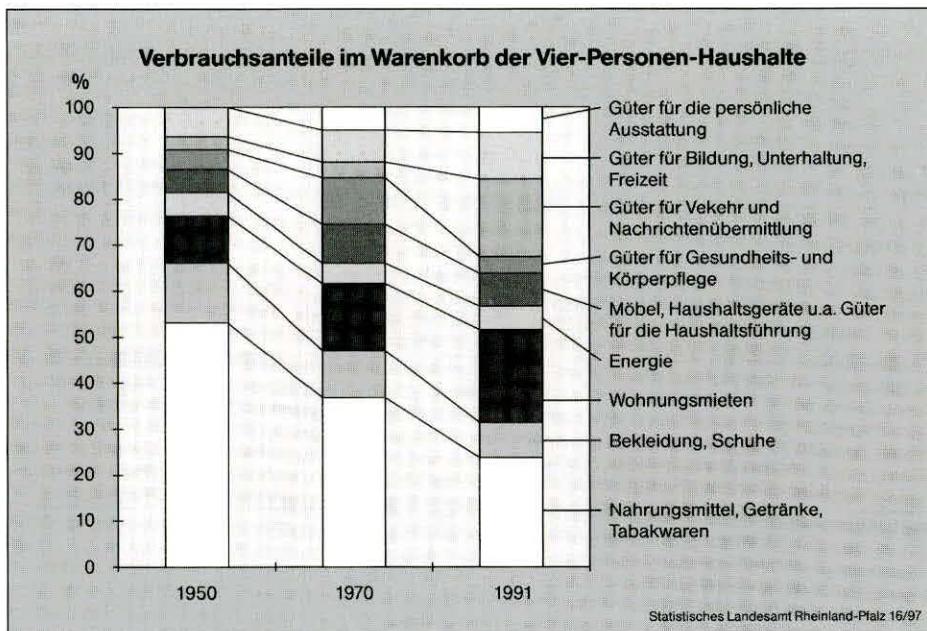
Ein Vier-Personen-Haushalt von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen gab 1950 noch mehr als die Hälfte seines verfügbaren Einkommens für Nahrungs- und Genußmittel aus. 1995 war es dagegen nur noch ein Fünftel. Die Ausgaben für Bekleidung und Schuhe nahmen ebenfalls, wenn auch nicht so markant, einen immer kleiner werdenden Anteil vom Haushaltsbudget in Anspruch. Ganz anders verhält es sich mit dem lieben Geld, wenn die Ausgaben für die Wohnung betrachtet werden. Hier verdoppelte sich nämlich die Relation von einem Zehntel 1950 auf über ein Fünftel heute. Ebenfalls steigende Bedeutung haben die Ausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie für Bildung, Unterhaltung und Freizeit erlangt.



Immer kleinerer Teil des Einkommens für Nahrungsmittel erforderlich

In den ersten Nachkriegsjahren war das Leben durch fehlenden Wohnraum, zerstörte Verkehrswege und Fabriken, Rationierung von Lebensmitteln und den Zwang zur Selbstversorgung und zum „Organisieren“ geprägt. Hunger war für viele Menschen eine tägliche Erfahrung, da auch die Landwirtschaft mit vielen Problemen zu kämpfen hatte. Größte Schwierigkeiten bereitete auch der Transport von Lebensmitteln in die Städte. Wege und Brücken waren zerstört, Kraftfahrzeuge defekt oder es fehlte Treibstoff für deren Betrieb. Holzgaswagen sollten den „Landesproduktenhändlern“ die Verteilung ihrer Waren ermöglichen. Doch man wußte sich zu helfen. So gab es beispielsweise 1946 in Rheinland-Pfalz über 142 000 registrierte „Tabakkleinpflanzler“, d. h. Leute mit mehr als 15 Tabakpflanzen, zumeist für den „Hausgebrauch“ oder auch als vielseitig geeignete Tauschware. Ein Jahr später hatte sich deren Zahl schon wieder halbiert. Dafür gab es über 11 000

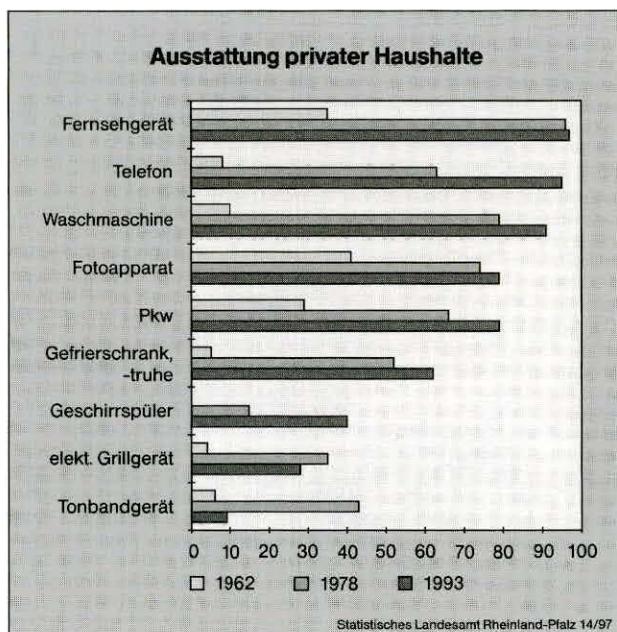
Interessante Einblicke liefert die Betrachtung des mengenmäßigen Verbrauchs einzelner Waren. 1995 verbrauchte unser Musterhaushalt weniger Rindfleisch als noch 1950. Nachdem die Mengen zwischenzeitlich etwas gestiegen waren, ging es Ende der 80er Jahre wieder bergab. Von diesem Rückgang konnte allerdings das Schweinefleisch als Substitutionsgut nicht profitieren, denn nach einer Zunahme bis auf 3,6 Kilogramm pro Monat im Jahr 1980 sanken auch hier die Mengen auf jetzt 2,4 Kilogramm. Direkt nach dem Krieg tranken die Mitglieder des vierköpfigen Haushalts noch 36 Liter Milch. Der dann nachlassende Durst auf Milch hat zuletzt wieder etwas zugenommen und liegt nun bei 19 Litern. Gegenläufig stellt sich die Entwicklung des Bierkonsums von monatlich 1,7 auf jetzt 14,1 Liter dar. Gravierend war dagegen der Rückgang des Kartoffelverbrauchs. Von 42 Kilogramm sank er auf gerade mal 6 Kilogramm. Der Verzehr von 34 Eiern liegt heute etwas unter dem Nachkriegsniveau, nachdem hier in den 60er und 70er Jahren sogar 60 Stück im Monat verspeist wurden.



Die Zusammensetzung des Warenkorbs, der mit seinen heute 750 Preisrepräsentanten quasi die Verbrauchsstruktur des statistischen Durchschnittshaushalts verkörpert, hat sich erwartungsgemäß in den letzten 45 Jahren sehr stark verändert. Im Nahrungsmittelbereich ist dabei nicht soviel passiert. Hier sind in erster Linie die Verbrauchsmengen zurückgegangen, obwohl natürlich auch einige Produkte wie Kunststich und Kaffee-Ersatz heute nicht mehr aufzufinden sind. Dafür sind andere Artikel wie Joghurt, „Light-Produkte“ oder alkoholfreies Bier neu aufgenommen worden. Beim häuslichen Energieeinsatz sind die Unterschiede besonders kraß. 1950 herrschten Kohle und Holz noch als Heizmaterialien vor, während heute Erdgas und Heizöl dominieren. Elektrogeräte wurden damals neu in den Warenkorb aufgenommen. Die Marktbedeutung der Staubsauger, Rundfunkgeräte und verschiedenen Rundfunkröhren dürfte allerdings nicht mehr mit der

gesamten Palette an Küchen-, Fernseh- und Stereoanlagen sowie neuerdings auch dem Personalcomputer vergleichbar sein.

Die monatliche Preisbeobachtung der verschiedenen Artikel des Warenkorbes dient zwar in erster Linie der Messung der Teuerungsrate, bietet aber gerade im Nahrungsmittelbereich gute Möglichkeiten für langfristige Vergleiche. Dabei können die Produkte in drei Gruppen eingeteilt werden. Die erste enthält die zugegebenermaßen wenigen Artikel, die seit 1950 billiger geworden sind. Eine Tafel Schokolade verbilligte sich von 1,30 DM auf 99 Pfennig, Hähnchen kosteten früher 5,18 DM und sind heute bereits für 4,50 DM je Kilogramm zu kriegen. Beim Kaffee zeigt sich der Preisrückgang am deutlichsten. Ein Pfund kostet mit 7,47 DM heute nur noch etwas mehr als die Hälfte der 14,60 DM von 1950. Zur zweiten Kategorie zählen die Waren, die zwar teurer geworden sind, dabei aber weniger stark anziehen als die Preissteigerung der gesamten Lebenshaltung. Hierzu zählen so wichtige Grundnahrungsmittel wie Eier, Butter, Vollmilch und Käse. Der Preis für 10 Eier stieg von 2,20 DM auf 2,98 DM, bei der Milch kletterte der Literpreis von 36 Pfennig auf 1,32 DM. Schließlich gibt es noch eine dritte Gruppe von Produkten mit teilweise heftigen Preissprüngen. Damals kosteten 1 000 Gramm Rindfleisch noch 3,41 DM, dafür gibt's heute gerade mal 250 Gramm. Der Kilopreis für Mischbrot hat sich von 52 Pfennig auf 4,06 DM fast verachtfacht. Schlechte Nachricht für alle Fischesser: Der Kabeljau kostet 1996 mit 20,06 DM je Kilogramm exakt siebzehnmal soviel wie 1950.



Die Verbesserung der Lebensverhältnisse wird auch an der Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern deutlich. Elektrische Geräte wie zunächst Gefrierschrank, Nähmaschine, Waschmaschine und Staubsauger erleichterten die Hausarbeit. Später kamen Grillgerät, Geschirrspülmaschine, Wäschetrockner und Mikrowellengerät hinzu. Diese Gerätschaften führten bei vielen Tätigkeiten auch zu einem Gewinn an Freizeit. Man denke beispielsweise an den „Waschtag“ früherer Zeiten, als die Wäsche noch in großen Kesseln „gekocht“ und dabei von Hand in Bewegung gehalten wurde. Dieser „Zeitgewinn“ wurde sicherlich auch dazu genutzt, länger fernzusehen oder öfter mit Freunden und Bekannten zu telefonieren. Tatsächlich besitzt heute fast jeder Haushalte zumindest ein Fernsehgerät und ein Telefon.

Kinobesuche seit langem nicht mehr der „Renner“

Kinobesuche zählten zu den „Highlights“ des Lebens in den Nachkriegsjahren. In der zweiten Hälfte der 50er Jahre erlebten die Filmtheater ihre Blüte. 1956 wurden über 41 Millionen Kinobesuche gezählt, pro Kopf der

Bevölkerung fast 13. Heute geht jeder Rheinland-Pfälzer im Durchschnitt nur noch einmal jährlich ins Kino. Für 1 000 Einwohner stehen 9 Kinosessel zur Verfügung, vor 40 Jahren waren es noch 50 Sitzplätze. Etwa 500 Orte in Rheinland-Pfalz wurden damals von Wanderspieltheatern mit Filmvorführungen versorgt. Danach spürten die Kinobetreiber die Konkurrenz des Fernsehens immer stärker. Am 1. April 1954 gab es in ganz Rheinland-Pfalz erst 2 100 „Flimmerkisten“. Das Fernsehereignis dieses Jahres: Deutschland wird Fußballweltmeister in Bern. Im Jahr 1960 waren 215 000 Fernsehgenehmigungen erteilt, 1965 schon 631 000 und heute steht in 95 % aller Haushalte mindestens ein Farbfernsehgerät. Als 1954 das Fernsehen seinen Siegeszug antrat, verfügten schon 65 % der Haushalte über ein angemeldetes Radiogerät.

Im Boomjahr des Kinos, 1956, hatten die fünf rheinland-pfälzischen Theater Kaiserslautern, Koblenz, Mainz, Neuwied und Trier mit 3 000 Sitzplätzen weniger als ein Fünftel der Kapazität der Kinos. Im Durchschnitt ging jede Rheinland-Pfälerin und jeder Rheinland-Pfänger alle vier Jahre einmal ins „richtige“ Theater, 44 % sahen sich ein Schauspiel an, 27 % eine Operette, 26 % eine Oper und 3 % besuchten eine Ballettaufführung. Und heute? Die Kapazität der Theater hat sich zwar auf über 9 700 Sitzplätze mehr als verdreifacht, jedoch geht „man“ in Rheinland-Pfalz nur noch alle sechs Jahre einmal ins Theater. Gemessen an den Anteilswerten haben Schauspiel und Oper ihre relative Position gehalten, die Operette einschließlich Musical hat dagegen rund 7 Prozentpunkte an das Ballett verloren.

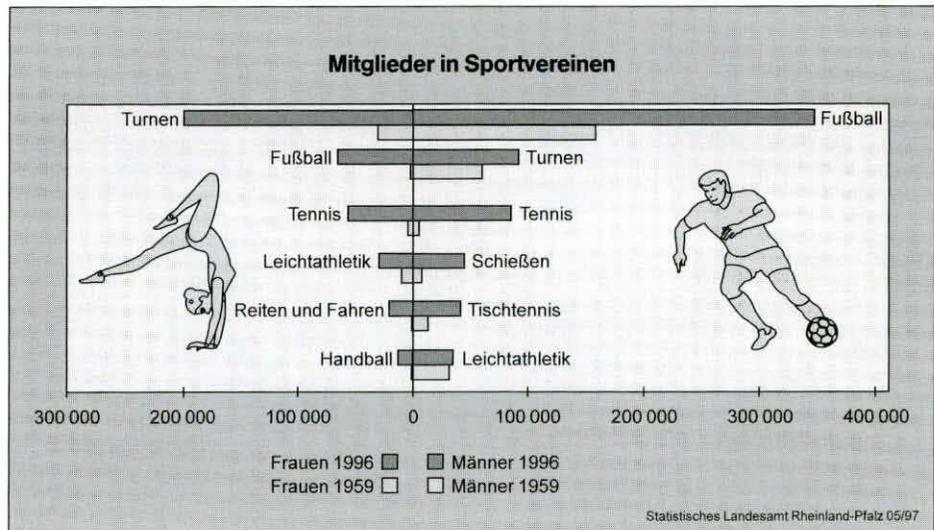
Die kommunalen Büchereien verbuchten 1960 knapp 1,5 Millionen Entleihungen. Damit entlieh statistisch gesehen jede Bürgerin und jeder Bürger etwa alle zwei Jahre ein Buch. Im Jahr 1995 wurden 7,7 Millionen Entleihungen gezählt, pro Kopf der Bevölkerung fast 2 Entleihungen. Dieser Anstieg ist sicherlich auch darauf zurückzuführen, daß inzwischen nicht nur Bücher, sondern auch Audio- und Video-Cassetten, CD's sowie Spiele angeboten werden.

Ende der 50er Jahre war zwar jeder fünfte Rheinland-Pfänger Mitglied eines Sportvereins, jedoch nicht einmal jede dreißigste Rheinland-Pfälerin. Heute ist fast jeder zweite Mann bzw. Junge im Sportverein, das weibliche Geschlecht holte jedoch stark auf. Inzwischen hat jede vierte Rheinland-Pfälerin den Mitgliedsausweis eines Sportvereins in der Tasche. Gemessen an der Mitgliederzahl war bei den Männern früher Fußball die beliebteste Vereinssportart. Mehr als die Hälfte aller in Sportvereinen organisierten Mitglieder war bei dieser Sportart zu finden. Fast jedes fünfte Sportvereinsmitglied war

in einem Turnverein, jedes zehnte in einem Leichtathletikverein. Auch heute stehen noch immer Fußball, allerdings mit einem auf unter 40 % verringerten Anteil, und Turnen mit 10 % an der Spitze, jedoch folgt dann schon Tennis, für das sich 9 % aller Vereinsmitglieder interessieren. Bei den Frauen standen früher Turnen mit 54 %, Leichtathletik mit 17 % und Schwimmen mit 9 % auf den vorderen Plätzen. Heute nimmt Turnen, wenn auch auf 38 % gesunken, immer noch den Spitzenplatz ein. Danach folgen aber bereits Fußball und Tennis, die jeweils deutlich mehr als ein Zehntel der weiblichen Sportvereinsmitglieder für sich begeistern können.

Rheinland-Pfalz, ein sehenswertes Land

Durch die Steigerung der verfügbaren Einkommen und die Verlängerung von Freizeit und Urlaub hat sich der Tourismus in Rheinland-Pfalz zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor entwickelt. Da die zahlreichen landschaftlich reizvollen Erholungsgebiete mit einem breitgefächerten und qualitativ ansprechenden Angebot aufwarten können, stiegen die Übernachtungszah-



len von 4 Millionen im Jahr 1950 über fast 16 Millionen Mitte der 70er Jahre auf jeweils deutlich mehr als 20 Millionen seit Ende der 80er Jahre. Im vergangenen Jahr registrierten die Beherbergungsbetriebe erneut fast 21 Millionen Übernachtungen, von denen ein Drittel auf Hotels sowie ein Sechstel auf Privatquartiere und gewerbliche Kleinbetriebe entfielen. Besuchten zu Beginn der 50er Jahre erst 1,3 Millionen Touristen Rheinland-Pfalz, so sind es heute über 6,1 Millionen. Sie verweilen nach wie vor durchschnittlich zwischen drei und vier Tagen in unserem Land. Mittlerweile ist jeder fünfte Gast Ausländer, 1950 kam nicht einmal jeder zehnte Besucher aus dem Ausland. Die meisten ausländischen Gäste sind Niederländer und Belgier.

Der rheinland-pfälzische Tourismus erlebte insbesondere in den 60er Jahren und Anfang der 70er Jahre eine ungewöhnlich starke Expansion. Auch vor dem Hintergrund strukturpolitischer Entscheidungen bildeten sich etwa mit Ferienhauseanlagen oder Ferienzentren neue Formen des Tourismus heraus, die das herkömmliche Angebot für breite Bevölkerungsschichten

erweiterten und ergänzten. Hinzu kommen neben den zahlreichen Fremdenverkehrs- und Erholungsorten die attraktiven Heilbäder des Landes, bei deren Besuch sich der Kurgast und Urlauber von verschiedenen Motiven leiten läßt. So ist zum einen das traditionelle Heilbad mit hoher medizinischer Fachkompetenz auszumachen, wo Kuren und Spezialkuren deutlich im Vordergrund stehen. Zum anderen lassen sich auch Kurorte mit hohem Urlauberanteil bzw. relativ niedrigem Kurgastanteil beobachten, die bei ihrer Produktgestaltung rund um Gesundheit, Freizeit und Erlebnis andere Akzente setzen. Heilbäder vereinen heute bei einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von gut 5 Tagen nicht ganz ein Viertel aller Übernachtungen auf sich. Die Fremdenverkehrsgemeinden des Landes verbuchen annähernd 4 von 10 Übernachtungen; ein Gast verweilt hier im Mittel nur knapp 3 Tage.

schenzeitlich erkennbar, daß in den 90er Jahren real, d. h. unter Ausschaltung der Preissteigerung, Umsatzeinbußen eintraten.

Aufgabenzuwachs läßt Zahl der „Staatsdiener“ steigen

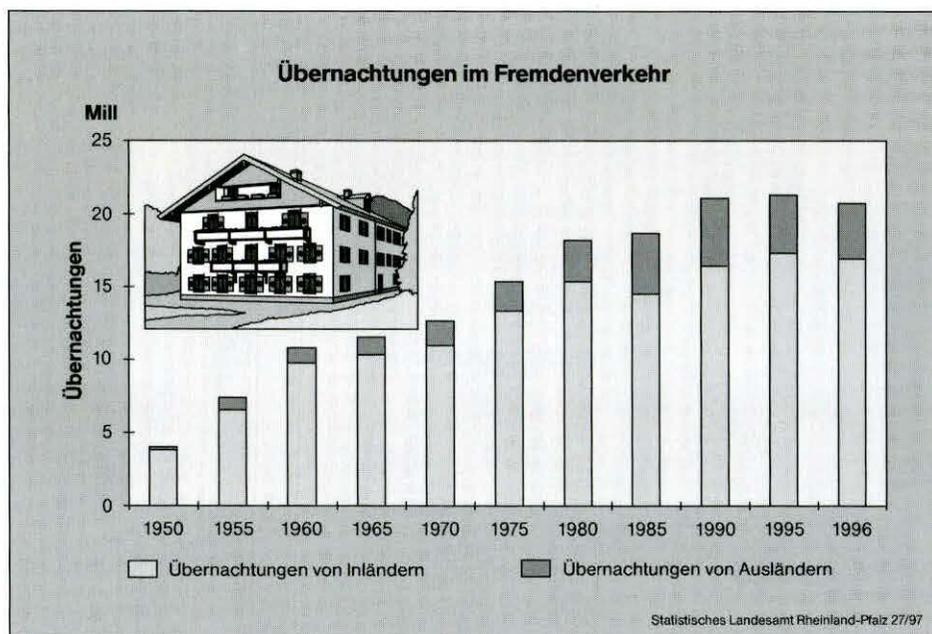
Bei staatlichen und kommunalen Einrichtungen in Rheinland-Pfalz arbeiten heute über 166 000 Menschen, das sind mehr als doppelt so viele wie zu Beginn der 50er Jahre. Über 100 000 sind im Landesdienst beschäftigt. Hier ist es insbesondere in den 60er Jahren und Anfang der 70er Jahre zu verstärkten Einstellungen im Schul- und Hochschulbereich sowie in der zentralen Verwaltung gekommen, so daß der Personalstand von zunächst 40 000 Vollzeitbeschäftigten sehr schnell auf den Höchststand von 85 800 im Jahr 1980 kletterte. Seitdem hat sich die Zahl der ganztags Arbeitenden geringfügig verringert, die zunehmende Teilzeitarbeit hat das aber mehr als ausgeglichen. Jeder fünfte Landesbedienstete arbeitet heute auf Teilzeitbasis.

Die Kommunen haben derzeit gut 63 000 Bedienstete. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten ist seit der Gründung des Landes zunächst ständig angestiegen. Im Jahr 1992 wurde mit über 53 000 Ganztagskräften der bisher höchste Wert erreicht. Seither ist ihre Zahl um nicht ganz ein Zehntel abgebaut worden. Anders als beim Land

führte hier die immer noch anhaltende Erhöhung der Teilzeitbeschäftigung nicht zu einem weiteren Anstieg der Gesamtzahl der Beschäftigten. Die zunehmende Teilzeitarbeit hat auch beim Kommunalpersonal die Teilzeitquote weiter erhöht. Diese liegt mit knapp einem Viertel sogar deutlich höher als beim Land.

Fast 50 % des Landespersonals sind heute im Bereich Schulen und Hochschulen tätig, weitere 20 % sorgen für die öffentliche Sicherheit und den Rechtsschutz. In der zentralen Verwaltung, z.B. Finanzverwaltung, arbeiten 15 % der Bediensteten. Bei den Kommunen ist eine derartige Konzentration auf einige wenige Aufgabengebiete nicht gegeben. Hier sind jeweils etwa 20 % im Bereich Gesundheit, Sport, Erholung und in der zentralen Verwaltung tätig. Etwa 15 % gewährleisten die soziale Sicherung, insbesondere in der Sozial- und Jugendhilfe, wozu auch die Kindergärten gehören.

Im Jahr 1950 waren von den Vollzeitkräften gut ein Drittel Beamte, jeweils etwas weniger als ein Drittel waren Arbeiter und Angestellte. Heute steht fast die Hälfte der Bediensteten im Beamtenverhältnis, als



Die Zahl der Beschäftigten des Gastgewerbes, das mehr als die meisten anderen Wirtschaftsbereiche kleinbetrieblich und mittelständisch strukturiert ist und sowohl das Beherbergungs- als auch das Gaststätten-gewerbe umfaßt, stieg zunächst im Zuge der allgemeinen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung von knapp 28 000 im Jahr 1950 innerhalb von zehn Jahren auf nicht ganz 44 000 Arbeitskräfte, die in über 13 000 Betrieben arbeiteten. Bis zum Ende der 60er Jahre registrierte die Branche noch einen zum Teil empfindlichen Personalmangel und hatte in diesem Zeitraum nur einen geringen Beschäftigtenzuwachs. Anders verlief die Entwicklung in den 70er und 80er Jahren. Bis Ende der 70er Jahre stieg die Zahl der beschäftigten Personen auf über 52 000, der Umsatz wurde auf gut 2,1 Milliarden DM mehr als verdoppelt. Mitte der 80er Jahre existierten gut 61 000 Arbeitsplätze, mit denen ein Umsatz von 3,2 Milliarden DM erwirtschaftet werden konnte. Für das Jahr 1993 wurden in 16 000 Betrieben 73 000 Beschäftigte gezählt, wobei Teilzeitkräfte erfahrungsgemäß schon seit längerem eine immer größere Rolle spielen. Für das Geschäftsjahr 1992 ergaben sich Umsätze in Höhe von nominal 4,7 Milliarden DM. Indes ist zwi-

Angestellte sind mehr als ein Drittel beschäftigt. Bei den Arbeitern war die Entwicklung dagegen rückläufig. Heute machen sie nur noch 15 % aus.

Personalkosten sind größter Ausgabenposten des Landes

Heute gibt das Land pro Jahr über 20 Milliarden DM aus, am Anfang war es gerade mal gut eine halbe Milliarde DM. Vor allem in den Jahren des Wiederaufbaus und in den 70er Jahren gab es hohe Wachstumsraten. In den 80er Jahren wurde ein Prozeß zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen eingeleitet. Dadurch verringerte sich der Ausgabenzuwachs deutlich.

Den größten Ausgabenposten bilden seit den 70er Jahren die Personalausgaben. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben liegt bei gut 40 % und ist heute genauso hoch wie 1970. Die Quoten für den laufenden Sachaufwand und die Zahlungen an den nichtöffentlichen Bereich sind seit langem rückläufig. Der für Sachinvestitionen verwendete Teil der Ausgaben hat sich seit 1970 halbiert. Stark zugenommen haben dagegen die Zahlungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände, deren eigene Steuereinnahmen, gemessen an ihren Aufgaben, zu gering sind. Das Land hat diese Zuweisungen im Laufe der Jahre stärker erhöht, als die eigenen Einnahmen gestiegen sind.

Bei den Ausgaben, die unmittelbar für die Landesverwaltung anfallen, ist der Bereich Schulen und vorschulische Bildung ein besonderer Schwerpunkt. Jede fünfte Mark dieser Ausgaben fließt hierhin. Für diesen Bereich wurden in der Vergangenheit erhebliche zusätzliche Mittel bereitgestellt. Auf die Bereiche soziale Sicherung, Hochschulen, öffentliche Sicherheit und Rechtsschutz sowie politische Führung und zentrale Verwaltung entfällt jeweils etwa jede zehnte ausgegebene Mark. Am stärksten zugenommen haben dabei in den vergangenen Jahrzehnten die Hochschulen. Hier mußten wegen der außerordentlichen Zuwächse bei den Studentenzahlen Hochschulen ausgebaut, vor allem aber auch neue gegründet werden. Bei der öffentlichen Sicherheit und dem Rechtsschutz stiegen die Ausgaben in den zurückliegenden Jahren ebenfalls deutlich. Die Bereiche Verkehrs- und Nachrichtenwesen, Wohnungswesen und Raumordnung sowie Gesundheit, Sport und Erholung erhalten zwischen 3 und 4 % des Geldes. Eine wesentlich geringere Zuwachsrate hatte hierbei der Bereich Verkehrs- und Nachrichtenwesen, da der nach dem Krieg erheblich geförderte Straßenbau seit den 70er Jahren nicht mehr zu den ausgesprochenen Wachstumsfeldern gehört. Zwischenzeitlich sind die vom Land gezahlten Sozialhilfeleistungen besonders stark gestiegen, dafür haben sich die über den Landshaushalt abgewickelten Wiedergutmachungsleistungen seit 1970 kaum noch erhöht.

Zur Finanzierung der Ausgaben stehen dem Land verschiedene Einnahmequellen zur Verfügung. Es sind dies Steuern, Verwaltungs- und Betriebseinnahmen, Einnahmen aus der Vermögensveräußerung sowie Zuweisungen von anderen Gebietskörperschaften. Dabei stellen die Steuern den Löwenanteil, nämlich fast 70 %, ein Wert, der seit Anfang der 80er Jahre nahezu unverändert ist.

Heute wie vor 50 Jahren bringt die Lohn- und Einkommensteuer das meiste Geld in die Landeskasse. Ihre

Bedeutung hat allerdings abgenommen. Früher stammten von 10 DM eingenommenen Steuern 6 aus dieser Steuerart, heute sind es nur noch gut 4 DM. Grund dafür ist, daß damals die Umsatzsteuer, die heute die zweitwichtigste Steuerquelle für das Land darstellt, nicht den Ländern zustand. Trotz des vor 50 Jahren geringen Motorisierungsgrades stand die Kraftfahrzeugsteuer an dritter Stelle. Diesen Platz hat sie auch heute noch.

Der steigende Wohlstand ließ die Vermögen- und die Erbschaftsteuer im Zeitablauf immer stärker sprudeln. Im Jahr 1950 brachten sie dem Land 5 Millionen DM. Heute tragen diese Steuern mit fast 715 Millionen DM zu den gesamten Steuereinnahmen des Landes bei. Die Spielgemeinschaft der Rheinland-Pfälzer ließ die Rennwett- und Lotteriesteuer von deutlich weniger als einer halben Million DM bis heute auf über 160 Millionen DM anschwellen. Dagegen ist das Aufkommen aus der Biersteuer nur moderat von 17 auf gut 91 Millionen DM gewachsen.

Die Zahlungen des Bundes an das Land haben an Bedeutung verloren. Anfang der 60er Jahre kam etwa jede vierte Mark der Gesamteinnahmen des Landes vom Bund, heute ist es nur rund jede siebte Mark.

Sozialleistungen treiben kommunale Ausgaben nach oben

Die kommunalen Ausgaben entwickelten sich nicht so dynamisch wie die des Landes. Dabei spielt auch eine Rolle, daß viele Einrichtungen, wie Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallbeseitigung, aus den kommunalen Haushalten ausgegliedert und wirtschaftlich selbständig gemacht wurden.

Wegen der anders gearteten Aufgabenstellung, aber auch durch die Ausgliederung von Aufgaben haben die Personalausgaben ein sehr viel geringeres Gewicht als beim Land. In der ersten Hälfte der 70er Jahre wurde gut ein Viertel der kommunalen Ausgaben für die Bezahlung des Personals verwendet. Heute macht dieser Anteil nur noch rund ein Fünftel aus und ist damit nur wenig höher als Mitte der 60er Jahre.

Die Sachinvestitionen beanspruchen heute 15 % der Ausgaben. In den ersten zwei Jahrzehnten nach der Gründung des Landes, in denen wichtige Infrastruktureinrichtungen auf lokaler Ebene geschaffen wurden, war der Anteil zeitweise mehr als doppelt so hoch. Die kommunalen Investitionen konzentrierten sich in beträchtlichem Maße auf den Straßenbau sowie den Bau von öffentlichen Einrichtungen, z. B. Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern, Sportstätten und Badeanstalten.

Unter den kommunalen Aufgaben nimmt die soziale Sicherung seit Mitte der 70er Jahre den ersten Platz ein. Besonders die Sozialhilfe belastet die kommunalen Haushalte in zunehmendem Maße. Sie trägt mit dazu bei, daß dieser Ausgabenblock die größte Steigerungsrate aufweist. Heute wird etwa halb so viel für Schulen und vorschulische Bildung ausgegeben wie für die soziale Sicherung. Bis Anfang der 70er Jahre waren die Bildung und das Verkehrs- und Nachrichtenwesen die ausgabenstärksten Aufgabenbereiche.

Die Gemeinden haben weit weniger ergiebige Steuerquellen als das Land. Die Steuern und steuerähnlichen Abgaben sind zwar grundsätzlich stärker gestiegen als die Gesamteinnahmen, ihr Anteil unterlag aber vielfach Schwankungen. Diese sind einerseits von der wirtschaftlichen Entwicklung, aber mehr noch von Änderungen in der Steuerverteilung zwischen Land und kommunalem Bereich beeinflusst.

Die wichtigste Steuerquelle ist heute der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, gefolgt von der Gewerbesteuer und den Grundsteuern. Die Beteiligung an der Einkommensteuer bringt fast die Hälfte, die Gewerbesteuer gut ein Drittel und die Grundsteuern über ein Zehntel aller Steuereinnahmen. In den Anfangszeiten des Landes stellten noch die Grundsteuern mehr als die Hälfte der Steuereinnahmen. Auf die Gewerbesteuer entfiel damals etwas weniger als ein Drittel des kommunalen Steueraufkommens. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung entwickelte sich die Gewerbesteuer recht bald zur Haupteinnahmequelle für die Gemeinden.

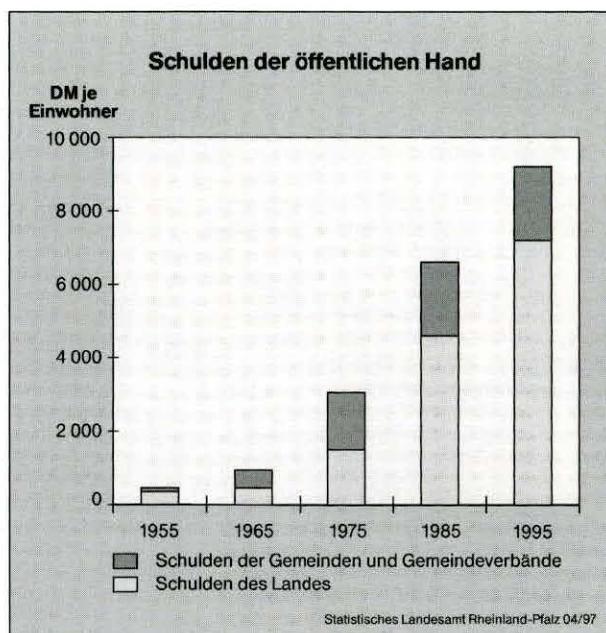
Der Anteil der Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit ist seit Mitte der 70er Jahre nahezu konstant und macht etwa 6 % der Einnahmen aus. Die Gebühreneinnahmen sind dagegen wegen der wirtschaftlichen Selbstständigkeit von Ver- und Entsorgungseinrichtungen stark rückläufig. Ausgehend von den 70er Jahren, als die Gebühren über 15 % der Einnahmen ausmachten, erbringen sie heute weniger als 5 %.

Die Zahlungen vom öffentlichen Bereich haben für die Kommunen große Bedeutung. Hierbei handelt es sich zunächst einmal um Umlagen, durch die jeweils der Finanzbedarf der übergeordneten Gemeindeverbände abgedeckt wird. Heute sind es etwa ein Fünftel der Einnahmen. Die Zahlungen des Landes an die Kommunen machen seit Mitte der 60er Jahre etwa ein Viertel der Einnahmen aus.

Gestiegene Schulden der „öffentlichen Hand“

Zur Verschuldung gibt es erst seit Mitte der 50er Jahre vergleichbare statistische Angaben. Seit damals erhöhten sich die Schulden des Landes und der Kommunen zusammen von 1,3 Milliarden DM auf nunmehr 36,5 Milliarden DM. Während die Gesamtverschuldung im Zeitabschnitt von 1965 bis 1975 besonders stark anstieg, waren die Zuwachsraten in den übrigen Dekaden wesentlich geringer. Durch die Bemühungen um die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte konnte der Anstieg für den Zeitraum von Mitte der 80er bis Mitte der 90er Jahre auf 53 % begrenzt werden. Heute entfallen auf jeden Einwohner durchschnittlich rund 9 200 DM Schulden, zu Beginn waren es nicht ganz 470 DM.

Beim Land ist die Entwicklung zeitweise anders verlaufen als bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden. Das gilt insbesondere für den Zeitraum von 1955 bis 1965, in dem die Schulden des Landes sich um weniger als 40 % erhöhten, während sie bei den Kommunen um über 370 % zunahmen. Der sprunghafte Anstieg der kommunalen Schulden wurde im wesentlichen durch den Bau von Straßen, Schulen, Krankenhäusern und vielen anderen der Daseinsvorsorge dienenden öffentlichen Einrichtungen, wie Kanalisation



und Wasserversorgung, hervorgerufen. Wegen der in der zweiten Hälfte der 70er Jahre immer schwierigeren wirtschaftlichen Situation, der man durch staatliche Konjunkturprogramme begegnete, nahmen die Schulden zwischen 1975 und 1985 beim Land erheblich mehr zu als im kommunalen Bereich. Diese Entwicklung ging auch im folgenden Zehnjahreszeitraum so weiter. Um das richtig einschätzen zu können, darf aber nicht vergessen werden, daß die Kommunen zwischenzeitlich Aufgaben, und damit auch die Schulden, auf die Eigenbetriebe übertragen haben. Bei diesen belaufen sich die Schulden mittlerweile auf 6,1 Milliarden DM, zu Beginn waren es gerade mal 48 Millionen DM.

Liegen die Gesamtausgaben höher als die Gesamteinnahmen, so muß die Lücke durch die Aufnahme von Krediten finanziert werden. In den meisten Jahren lag die Kreditaufnahme des Landes deutlich unter 10 % der Gesamtausgaben. Diese Quote wurde in der zweiten Hälfte der 70er Jahre und Anfang der 80er Jahre aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Lage und der erwähnten Konjunkturprogramme allerdings überschritten. Bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden betrug in den Jahren, in denen die kommunalen Haushalte stark expandierten, die Kreditaufnahme zum Teil erheblich mehr als 10 % der Ausgaben. In den letzten 20 Jahren war sie aber wesentlich niedriger und blieb zum Teil sogar deutlich unter 5 %.

Auch die Belastung der öffentlichen Haushalte durch Zinszahlungen und Tilgung der Schulden ist bei Land und Kommunen recht unterschiedlich. Bis Mitte der 70er Jahre lag die Belastungsquote durch den Schuldendienst beim Land teilweise noch deutlich unter 10 %. Seither ist sie nahezu durchgängig angestiegen. Heute muß das Land fast ein Drittel seiner Einnahmen für den Schuldendienst verwenden, bei den Kommunen ist es weniger als ein Zehntel. Bis Anfang der 80er Jahre stieg die Belastung durch den Schuldendienst bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden an, konnte aber seitdem deutlich reduziert werden.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Statistischen Landesamtes

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1994	1995		1996				1997	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	3 938	3 963	3 988	3 979	3 979	3 997
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 932	1 910	2 192	650 ^P	853 ^P	1 210 ^P	2 239 ^P	721 ^P	910 ^P
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,9	5,8	6,5	1,9 ^P	2,7 ^P	3,7 ^P	6,6 ^P	2,1 ^P	2,9 ^P
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 378	3 307	3 159	2 763 ^P	3 091 ^P	3 224 ^P
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,3	10,0	9,4	8,2 ^P	9,8 ^P	9,8 ^P
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 571	3 583	3 945	4 165 ^P	4 170 ^P	3 369 ^P
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,9	10,8	11,7	12,3 ^P	13,2 ^P	10,3 ^P
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	19	18	19	12 ^P	13 ^P	18 ^P
* je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	5,4	5,5	5,7	3,8 ^P	4,4 ^P	5,4 ^P
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 193	- 276	- 786	- 1 402 ^P	- 1 079 ^P	- 145 ^P
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,6	- 0,8	- 2,3	- 4,2 ^P	- 3,4 ^P	- 0,4 ^P
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	10 631	10 281	9 622	9 804	8 082	8 927
* Fortgezogene	Anzahl	8 298	7 810	7 106	7 655	6 949	6 726
* Wanderungssaldo	Anzahl	2 333	2 471	2 516	2 149	1 133	2 201
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	13 845	13 831	15 350	13 944	12 367	14 363
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	132 876	134 223	142 003	154 045	158 762	153 911	163 371	183 550	179 694
* Männer	Anzahl	75 533	76 448	82 154	91 671	96 563	88 457	96 139	113 598	110 296
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	6 490	6 870	8 393	.	.	.	10 585	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	45 626	42 987	45 123	.	.	.	51 897	.	.
Arbeitslosenquote	%	8,4	8,5	9,0	9,7	10,0	9,7	10,3	11,6	11,3
Offene Stellen	Anzahl	19 749	22 629	15 878	20 817	23 042	15 233	17 039	21 449	25 063
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	808	811	497	.	.	.	441	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	3 713	4 285	3 481	.	.	.	4 087	.	.
Kurzarbeiter	Anzahl	15 101	6 192	6 970	10 639	17 406	9 153	8 393	14 950	14 434
Männer	Anzahl	12 001	4 677	5 478	9 193	14 979	7 232	7 107	12 490	12 197
Landwirtschaft										
Schlachtmengen⁶⁾										
	t	12 886	12 592	13 578	13 614	12 268	15 539	14 215	14 531	12 196
* Rinder	t	3 757	3 424	3 889	3 500	3 225	4 571	3 949	3 807	3 054
* Kälber	t	26	29	61	23	32	43	63	32	28
* Schweine	t	8 996	9 045	9 502	10 011	8 936	10 815	10 088	10 615	9 036
Milch										
Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien	t	61 949	63 341	60 012	62 272	59 380	57 895	60 707	61 582	56 625
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	.	2 240	2 232	2 217	2 210	2 183	2 183	2 164	2 151
* Beschäftigte	1000	.	323	320	316	315	309	308	305	304
* Arbeiter ⁸⁾	1000	.	211	208	205	204	199	198	196	196
* Geleistete Arbeiterstunden	1000	.	28 089	24 834	27 246	26 791	29 096	23 921	25 944	25 245
Löhne und Gehälter	Mill. DM	.	1 684	1 711	1 578	1 519	2 451	1 667	1 538	1 483
* Löhne	Mill. DM	.	921	917	864	820	1 251	895	822	794
* Gehälter	Mill. DM	.	763	794	714	699	1 200	773	716	689
* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	.	8 953	8 530	8 290	8 273	8 882	8 513	8 416	8 465
* Auslandsumsatz	Mill. DM	.	3 514	3 322	3 436	3 425	3 500	3 435	3 548	3 633
* Exportquote ⁹⁾	%	.	39,3	38,9	41,5	41,4	39,4	40,3	42,2	42,9

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) In- und ausländischer Herkunft; aufgrund methodischer Änderungen sind die Angaben bei Schweinen ab Juli 1994 und bei Rindern ab Januar 1995 mit früheren Ergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 8) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 9) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1994	1995		1996				1997	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
* Kohleverbrauch ³⁾	1 000 GJ	.	7 484	7 667	.	.	.	8 228	.	.
* Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ²⁾³⁾	Mill. kWh	.	8 206	8 372	.	.	.	8 045	.	.
* Heizölverbrauch ³⁾	1 000t	.	111	119	.	.	.	96	.	.
davon										
* leichtes Heizöl	1 000t	.	50	41	.	.	.	47	.	.
* schweres Heizöl	1 000t	.	60	78	.	.	.	49	.	.
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 142	1 147	1 063	1 122	1 066	1 141	1 069	1 136	1 094
* Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	245	247	267	276	269	267	280	255	208
Öffentliche Energieversorgung										
Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	458	466	492	533	496	450	414	446	...
Eigenverbrauch	Mill. kWh	32	31	33	35	33	27	24	27	...
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	427	435	459	498	464	423	390	419	...
davon aus										
Wasserkraft	Mill. kWh	88	85	73	87	92	92	120	85	...
Wind-, und Solarenergie	Mill. kWh	0,52	0,05	0,08	0,05	0,09	0,11	0,04	0,03	...
Wärmeleistung	Mill. kWh	339	350	386	411	371	331	270	335	...
Steinkohle	Mill. kWh	129	119	140	154	130	97	93	102	...
Erdgas	Mill. kWh	197	221	230	241	227	225	162	219	...
Heizöl	Mill. kWh	6	0,69	2,70	5,53	4,06	0,38	4,80	3,04	...
Müll, Klär- und Erdölgas	Mill. kWh	6	9	14	11	10	9	10	10	...
Stromeinspeisung	Mill. kWh	5	8	10	9	10	11	13	12	...
darunter von Betreibern										
regenerativer Energieanlagen	Mill. kWh	.	4	5	6	5	6	8	7	...
Bezug über die Landesgrenze	Mill. kWh	3 192	3 259	3 659	3 920	3 848	3 456	3 441	4 149	...
Lieferung über die Landesgrenze	Mill. kWh	1 520	1 575	1 778	1 950	2 036	1 589	1 565	1 919	...
Stromabgabe an das öffentl. Netz ⁴⁾	Mill. kWh	2 104	2 126	2 350	2 477	2 284	2 301	2 279	2 661	...
Gaserzeugung	Mill. kWh	0,53	0,62	3,61	4,11	2,05	0,23	2,83	1,86	...
Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze	Mill. kWh	4 743	5 258	7 224	7 704	7 285	5 997	7 293	8 445	...
Verfügbare Gasmenge ⁵⁾	Mill. kWh	4 730	5 260	7 339	7 913	7 303	6 013	7 481	8 404	...
Handwerk⁶⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	83	81	79
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	184	187	206
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau¹⁾⁷⁾										
* Beschäftigte	Anzahl	60 327	51 178	49 972	47 881	46 731	46 417	45 407	42 430	41 669
Facharbeiter	Anzahl	29 393	24 210	22 841	25 607	25 206	25 543	24 758	22 962	22 517
Fachwerker und Werker	Anzahl	15 575	13 822	13 857	9 305	8 724	8 476	8 271	7 225	7 043
* Geleistete Arbeitsstunden ⁸⁾	1 000	.	5 182	3 774	3 619	2 935	4 597	3 739	2 316	3 192
davon: Hochbau	1 000	.	3 268	2 377	2 441	2 072	2 915	2 406	1 708	2 140
Tiefbau	1 000	.	1 914	1 397	1 178	863	1 682	1 333	608	1 052
davon: Gewerblicher Bau	1 000	.	1 407	1 046	1 051	854	1 177	943	634	817
Hochbau incl. lw. Bau	1 000	.	946	710	748	636	827	676	518	610
Tiefbau	1 000	.	461	336	303	218	350	267	116	207
Wohnungsbau	1 000	.	2 040	1 447	1 479	1 250	1 769	1 474	1 023	1 319
Öffentlicher u. Straßenbau	1 000	.	1 735	1 281	1 089	831	1 651	1 322	659	1 056
Hochbau	1 000	.	282	220	214	186	319	256	167	211
Tiefbau	1 000	.	1 453	1 061	875	645	1 332	1 066	492	845
Straßenbau	1 000	.	782	551	450	269	647	549	175	349
Löhne und Gehälter	Mill. DM	254	215	207	192	157	258	199	160	147
* Löhne	Mill. DM	201	169	156	149	116	202	154	120	109
* Gehälter	Mill. DM	53	46	51	43	41	56	45	40	39
* Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	820	676	866	401	346	784	752	415	353

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. - 2) 1 m³ = 35,169 MJ = 9,769 kWh (Brennwert bzw. oberer Heizwert). - 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. - 4) Einschließlich Übertragungsverlusten im öffentlichen Netz. - 5) Einschließlich Meßdifferenzen. - 6) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 7) 1995: Wegen Umstellung auf die europäeinheitliche Wirtschaftszweigsystematik sind die Angaben mit den Vorjahresdaten nur bedingt vergleichbar. - 8) Die Bauartenmerkmale haben sich wegen der Umstellung geändert.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1994	1995		1996				1997	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 277	943	644	860	938	674	580	826	802
* mit 1 Wohnung	Anzahl	720	541	369	505	598	450	384	568	552
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	297	203	112	182	200	133	87	145	170
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	261	199	163	173	140	91	109	113	80
* Umbauter Raum	1000 m ³	1 642	1 252	897	1 124	1 103	797	713	1 003	857
* Wohnfläche	1000 m ²	295	225	159	204	195	141	128	176	152
Wohnräume	Anzahl	13 551	10 314	7 424	9 407	8 768	6 434	5 913	8 170	6 803
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	681	535	393	487	468	347	313	429	368
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	2	3	3	-	3	-	-	-	1
Unternehmen	Anzahl	151	120	162	125	70	124	101	116	130
Private Haushalte	Anzahl	1 123	821	479	735	865	550	479	710	671
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	168	172	126	140	141	176	133	133	131
* Umbauter Raum	1000 m ³	747	812	517	587	859	763	591	513	900
* Nutzfläche	1000 m ²	128	132	92	94	138	126	92	77	110
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	193	176	140	132	162	232	131	97	210
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	26	20	17	14	9	26	15	11	10
Unternehmen	Anzahl	133	144	103	116	124	142	110	114	116
Private Haushalte	Anzahl	9	8	6	10	8	8	8	8	5
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	3 555	2 731	2 010	2 429	2 060	1 801	1 586	1 897	1 550
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 915	3 255	3 032	2 922	3 136	3 246
* EU-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 765	2 019	1 751	1 805	1 936	1 921
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	217	237	204	219	212	219
Dänemark	Mill. DM	48	57	48	50	44	51
Finnland	Mill. DM	22	26	18	21	26	27
Frankreich	Mill. DM	444	595	511	491	603	508
Griechenland	Mill. DM	21	23	23	18	22	27
Großbritannien	Mill. DM	286	298	234	277	263	303
Irland	Mill. DM	11	11	9	12	15	11
Italien	Mill. DM	228	246	229	232	251	237
Niederlande	Mill. DM	178	203	170	180	186	196
Österreich	Mill. DM	138	127	114	118	119	124
Schweden	Mill. DM	55	53	50	47	53	64
Spanien	Mill. DM	96	122	116	120	122	132
Portugal	Mill. DM	20	22	24	19	20	22
USA und Kanada	Mill. DM	228	231	205	262	226	211
Japan	Mill. DM	70	73	64	68	75	103
Entwicklungsländer	Mill. DM	378	401	474	350	423	430
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	148	197	221	125	166	257
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 164	2 351	2 311	2 025	2 158	2 336
EU-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 316	1 503	1 547	1 204	1 386	1 516
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	199	238	211	173	193	218
Dänemark	Mill. DM	36	42	50	36	32	41
Finnland	Mill. DM	15	9	10	9	10	9
Frankreich	Mill. DM	336	466	556	346	467	474
Griechenland	Mill. DM	4	3	3	2	2	2
Großbritannien	Mill. DM	95	110	112	112	91	105
Irland	Mill. DM	15	18	14	16	22	14
Italien	Mill. DM	185	188	165	165	140	168
Niederlande	Mill. DM	180	207	237	169	180	204
Österreich	Mill. DM	97	60	57	50	59	74
Schweden	Mill. DM	40	44	15	20	95	21
Spanien	Mill. DM	93	94	83	93	82	159
Portugal	Mill. DM	24	22	34	13	16	27
USA und Kanada	Mill. DM	187	193	179	200	166	165
Japan	Mill. DM	80	85	112	70	93	79
Entwicklungsländer	Mill. DM	262	211	128	250	179	171
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	91	135	123	101	118	167

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1995.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1994	1995		1996				1997	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Einzelhandel²⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	100,5	100,0	101,6	99,3	99,3	99,7	101,2	100,2	...
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	96,0	100,0	103,2	101,5	101,5	105,2	106,1	104,9	...
* Umsatz ³⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	100,3	100,0	118,0	90,3	88,9	103,1	113,5	92,7	...
Großhandel²⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	100,4	100,0	99,4	98,3	97,9	98,6	98,1	96,5	...
Umsatz ³⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	97,9	100,0	95,9	87,8	89,4	102,1	100,3	91,5	...
Gastgewerbe²⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	98,0	100,0	97,7	92,7	93,7	103,2	102,2	100,0	...
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	94,4	100,0	95,5	92,9	94,0	106,5	104,5	103,7	...
* Umsatz ³⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	99,5	100,0	96,3	78,1	82,2	93,4	98,8	79,7	...
Fremdenverkehr in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1000	489	510	314	238	294	424	313	261	...
* Ausländer	1000	101	103	68	45	57	71	71	48	...
* Fremdenübernachtungen	1000	1 717	1 775	1 136	833	1 027	1 193	1 099	828	...
* Ausländer	1000	331	330	221	132	184	179	224	132	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1000 t	1 440	1 411	1 199	1 218	1 230	1 376	1 327
* Güterversand	1000 t	1 018	900	697	646	600	855	644
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 592	14 235	10 521	14 917	13 339	13 143	10 805	13 446	13 892
Krafträder	Anzahl	940	981	134	289	572	410	237	327	1 377
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	11 724	12 291	9 532	13 744	11 985	11 771	9 708	12 221	11 591
* Lastkraftwagen	Anzahl	648	675	594	672	531	702	558	655	610
Zugmaschinen	Anzahl	148	171	169	134	135	172	170	169	185
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 495	1 496	1 282	1 079	1 078	1 440	1 284	1 035 ^P	1 067 ^P
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	7 751	7 777	8 752	8 254	7 769	8 681	9 542	9 409 ^P	6 700 ^P
Verunglückte Personen	Anzahl	2 041	2 025	1 817	1 473	1 516	1 966	1 752	1 443 ^P	1 429 ^P
* Getötete	Anzahl	38	36	34	17	11	34	34	28 ^P	17 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	24	23	26	13	-	23	24	19 ^P	13 ^P
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	6	1	-	9	2	-	1 ^P	1 ^P
Radfahrer	Anzahl	2	3	-	1	1	1	-	1 ^P	1 ^P
Fußgänger	Anzahl	4	4	6	2	1	6	9	6 ^P	2 ^P
Schwerverletzte	Anzahl	510	494	412	349	358	499	368	301 ^P	362 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	293	282	294	254	238	318	253
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	86	84	29	20	18	53	13
Radfahrer	Anzahl	56	56	17	15	20	38	23
Fußgänger	Anzahl	55	53	55	49	63	78	63
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	84	97	90	104	104	98	66	115	96
Angemeldete Forderungen	1000 DM	53 368	57 513	53 761	59 981	49 773	137 096	23 097	85 662	73 417
* Vergleichsverfahren	Anzahl	-	-	-	-	-	-	-	-	-

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 2) Vorläufige Ergebnisse. - 3) Ohne Umsatzsteuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1994	1995		1996				1997	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	119 477	128 532	128 532	.	.	.	142 495	.	.
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	117 459	126 266	126 266	.	.	.	139 651	.	.
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	20 750	22 607	22 607	.	.	.	24 069	.	.
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	19 956	21 468	21 468	.	.	.	23 193	.	.
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	794	1 139	1 139	.	.	.	876	.	.
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	9 450	10 208	10 208	.	.	.	11 374	.	.
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	8 431	8 759	8 759	.	.	.	9 642	.	.
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 019	1 449	1 449	.	.	.	1 732	.	.
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	87 259	93 451	93 451	.	.	.	104 208	.	.
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	78 424	82 581	82 581	.	.	.	90 490	.	.
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	8 835	10 870	10 870	.	.	.	13 718	.	.
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	106 975	113 430	113 430	.	.	.	121 319	.	.
* Sichteinlagen	Mill. DM	19 211	20 679	20 679	.	.	.	23 913	.	.
* Termineinlagen	Mill. DM	40 248	40 541	40 541	.	.	.	39 399	.	.
* Spareinlagen	Mill. DM	47 516	52 210	52 210	.	.	.	58 007	.	.
Steuern ³⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern ⁴⁾	Mill. DM	3 370	3 243	4 430	2 873	3 563	3 326	4 483	2 802	3 472
* Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 369	1 383	2 467	1 145	1 503	1 289	2 532	1 059	1 363
* Lohnsteuer	Mill. DM	1 071	1 123	1 631	1 125	1 460	1 317	1 635	1 065	1 416
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	Mill. DM	188	183	-	-	673	514	-	-	632
* Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	79	46	506	- 133	- 121	- 101	497	- 156	- 136
* Kapitalertragsteuer	Mill. DM	55	56	39	57	12	20	23	82	10
* Zinsabschlag	Mill. DM	49	49	16	138	101	67	14	127	87
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. DM	22	25	-	-	85	53	-	-	72
* Körperschaftsteuer	Mill. DM	115	110	273	- 41	50	- 13	363	- 57	- 14
Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	Mill. DM	9	12	-	-	71	24	-	-	16
* Steuern vom Umsatz	Mill. DM	2 001	1 859	1 963	1 728	2 060	2 037	1 951	1 743	2 109
* Umsatzsteuer	Mill. DM	687	685	744	736	746	730	718	696	810
* Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	1 314	1 174	1 219	992	1 314	1 307	1 233	1 047	1 300
* Zölle	Mill. DM	214	219	215	185	97	214	194	178	242
* Bundessteuern	Mill. DM	507	587	1 268	109	115	535	586	111	100
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	496	493	1 077	1	46	476	394	20	29
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	5	87	184	101	56	51	184	82	51
* Landessteuern	Mill. DM	121	122	99	117	163	170	100	118	31
* Vermögensteuer	Mill. DM	23	27	8	9	76	84	12	7	6
* Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	61	60	49	71	58	51	49	69	54
* Biersteuer	Mill. DM	8	8	13	8	7	8	7	8	7

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschl. Zinsgutschriften. – 3) Einschließlich des Steueraufkommens der Euro-Zoll-Kasse in Trier, die bestimmte Steuern und Abgaben (Verbrauchsteuern; Einfuhrumsatzsteuer und Zölle auf Einfuhren aus Nicht-EU-Ländern) zentral für alle Bundesländer vereinnahmt. – 4) Aufkommen an Lohnsteuer ab 1996 ohne das vom Arbeitgeber verrechnete steuerliche Kindergeld.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1994	1995		1996				1997	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
* Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	696	688	763	827
* Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	7	7
* Grundsteuer B	Mill. DM	131	140	127	127
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	469	462	553	619
Grundenwerbsteuer	Mill. DM	69	58	58	58
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften²⁾										
* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	2 434	2 323	3 501	1 555	1 304	2 218	2 057	2 070	1 957
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	626	649	1 072	567	707	611	1 105	549	653
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 293	1 078	1 138	876	481	1 070	341	1 407	1 200
* Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	997	1 070	1 672	1 030	1 127	1 074	1 555	960	960
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	587	592	1 069	486	598	504	1 019	448	527
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	275	331	432	414	362	396	360	384	391
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 166	1 112	1 498	1 485 ^f
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ³⁾	Mill. DM	397	366	388	445
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer ⁴⁾	Mill. DM	542	520	901	832 ^f
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet ⁵⁾	1991 = 100	110,6	112,5	113,0	113,1	113,7	114,3	114,6	115,2	115,6
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1991 = 100	107,1	108,6	108,3	108,9	109,4	109,4	109,5	110,5	110,7
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet ⁵⁾ , Bauleistungen am Bauwerk ⁶⁾	1991 = 100	112,8	115,4	115,4	115,0	114,9
Löhne und Gehälter⁷⁾										
Arbeiter										
im produzierenden Gewerbe										
Bruttostundenverdienste	DM	24,40	25,31	...	25,79	26,20	...
Männliche Arbeiter	DM	25,26	26,18	...	26,69	27,10	...
Facharbeiter	DM	26,80	27,77	...	28,31	28,90	...
Angelernte Arbeiter	DM	24,26	25,12	...	25,61	25,86	...
Hilfsarbeiter	DM	21,31	22,42	...	22,69	22,52	...
Weibliche Arbeiter	DM	18,40	19,04	...	19,46	19,75	...
Hilfsarbeiter	DM	17,93	18,62	...	18,95	19,07	...
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	38,8	39,0	...	37,7	37,5	...
Männliche Arbeiter	Std.	39,0	39,2	...	37,8	37,6	...
Weibliche Arbeiter	Std.	37,3	37,5	...	37,1	36,9	...
Angestellte										
im produzierenden Gewerbe										
Bruttomonatsverdienste	DM	5 748	5 941	...	6 076	6 175	...
Kaufmännische Angestellte	DM	5 179	5 363	...	5 505	5 635	...
männlich	DM	6 139	6 309	...	6 454	6 582	...
weiblich	DM	4 160	4 342	...	4 462	4 576	...
Technische Angestellte	DM	6 204	6 397	...	6 526	6 591	...
männlich	DM	6 353	6 552	...	6 679	6 733	...
weiblich	DM	4 670	4 824	...	4 963	5 129	...
im Handel; Instandh. u. Rep. v. Kfz. u. Gebrauchsg.; Kredit- u. Vers.-Gewerbe										
Kaufmännische Angestellte	DM	4 106	4 256	...	4 381	4 505	...
männlich	DM	4 117	4 259	...	4 371	4 492	...
weiblich	DM	4 827	4 979	...	5 068	5 174	...
weiblich	DM	3 521	3 657	...	3 758	3 871	...

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EU zustehenden Einnahmen aus Zöllen. Lohnsteuereinnahmen ab 1996 nach Abzug des von der Familienkasse gezahlten Kindergeldes. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Ab 1996 einschließlich der Ausgleichsleistungen nach § 20a FAG. – 5) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. – 6) Ohne Baunebenleistungen. – 7) Neuer Berichtsfirmenkreis Oktober 1995.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1994	1995		1996				1997	
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1000	65 859	66 157	66 334	66 342	66 341
Eheschließungen ²⁾	Anzahl	36 687	35 878	21 160	38 696	11 663 ^{p3)}	35 647 ^{p3)}	23 825 ^{p3)}
Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	64 134	63 768	61 000	60 991	62 151 ^{p3)}	70 637 ^{p3)}	63 534 ^{p3)}
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	73 722	73 716	72 188	84 700	96 184 ^{p3)}	71 137 ^{p3)}	67 863 ^{p3)}
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 9 588	- 9 948	- 11 188	- 23 709	- 34 033 ^{p3)}	- 500 ^{p3)}	- 4 329 ^{p3)}
Arbeitslose	1000	2 556	2 565	2 536	2 678	2 901	2 769	2 825	2 961	3 266
Männer	1000	1 462	1 464	1 427	1 543	1 722	1 568	1 610	1 720	1 968
Arbeitslosenquote	%	9,2	9,3	9,2	9,7	10,5	10,1	10,3	10,8	11,9
Offene Stellen	1000	234	267	215	211	251	235	219	222	252
Kurzarbeiter	1000	275	128	151	167	213	183	171	158	224
Männer	1000	219	101	118	136	184	148	135	128	190
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden^{3) 6)}										
Beschäftigte	1000	-	6 779	6 747	6 689	6 610	6 491	6 459	6 420	...
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. DM	-	574	601	504	560	567	559	478	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	-	172 810	184 658	174 655	161 965	186 814	185 284	176 007	...
Auslandsumsatz	Mill. DM	-	49 032	52 338	50 685	46 848	55 948	56 196	53 411	...
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (kalendermonatlich)	1991 = 100	94,0	95,8	104,4	91,6	89,5	103,6	103,2	91,6 ^f	90,8
Vorleistungsgüterproduzenten	1991 = 100	98,7	99,7	105,2	85,5	93,3	107,4	104,1	87,5 ^f	93,5
Investitionsgüterproduzenten	1991 = 100	88,0	93,3	104,5	105,7	84,9	100,1	104,1	104,0 ^f	88,9
Gebrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	90,5	84,6	98,0	75,5	82,3	95,3	96,8	73,7 ^f	82,2
Verbrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	95,5	97,2	106,3	89,3	93,3	105,7	103,2	88,8 ^f	92,7
Öffentliche Energieversorgung³⁾										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	37 962	38 453	41 995	44 682	46 226	41 451	42 890
Gaserzeugung	Mill. kWh	28 720	30 465	31 794	33 416	34 934
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau^{3) 9)}										
Beschäftigte	1000	-	1 421	1 407	1 380	1 279	1 322	1 305	1 271	1 144
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	-	142	156	99	84	154	138	102	71
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	-	19 077	22 694	24 041	10 538	21 611	22 102	23 693	10 238
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	16 452	12 679	9 915	10 772	10 398	12 845	11 004	10 020	9 728
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	13 191	10 152	7 635	8 139	8 486	10 975	9 390	8 287	8 341
Wohnfläche	1000 m ²	3 786	2 953	2 487	2 786	2 396	2 657	2 270	2 261	2 072
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 713	2 665	2 631	2 440	2 117	2 766	2 566	2 069	2 027
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	48 878	38 230	33 548	37 687	30 265	32 477	27 943	27 775	25 751
Handel und Gastgewerbe^{3) 8)}										
Einzelhandel										
Umsatz ⁷⁾ zu jeweiligen Preisen	1994 = 100	100,0	98,8	108,6	127,0	92,7	104,4	108,2	122,8	...
Großhandel										
Umsatz ⁷⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	98,1	100,0	106,0	96,4	90,2	90,6	103,0	96,2	93,3
Gastgewerbe										
Umsatz ⁷⁾ zu jeweiligen Preisen	1994 = 100	100,0	99,6	91,2	97,9	80,4	104,9	88,8	93,7	...

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. - 2) Nach dem Ereignisort. - 3) Gebietsstand 3. Oktober 1990. - 4) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 5) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 6) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - 7) Ohne Umsatzsteuer. - 8) Vorläufige Ergebnisse. - 9) Nach der Totalerhebung hochgerechnet.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1994	1995		1996				1997	
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	57 548	62 461	65 531	61 715	59 538	74 574	70 548
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	28 346	36 326	35 493	33 388	35 825	41 873	38 925
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 899	4 095	3 952	3 514	3 861	4 827	4 284
Frankreich	Mill. DM	6 924	7 322	7 357	6 509	7 223	7 828	7 135
Großbritannien	Mill. DM	4 616	5 159	4 798	4 627	4 955	5 592	5 827
Italien	Mill. DM	4 372	4 739	4 658	4 550	4 867	5 361	5 031
Niederlande	Mill. DM	4 397	4 760	4 515	4 474	4 764	5 726	5 020
Einfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	51 413	55 353	55 291	54 602	54 326	63 585	60 263
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	24 411	31 242	29 312	30 017	30 944	36 223	33 713
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 171	3 664	3 571	3 486	3 479	4 499	3 724
Frankreich	Mill. DM	5 694	6 090	5 510	5 719	6 262	6 971	6 436
Großbritannien	Mill. DM	3 223	3 631	3 438	3 674	3 637	4 764	4 383
Italien	Mill. DM	4 319	4 735	4 558	4 177	4 570	5 355	4 899
Niederlande	Mill. DM	4 304	4 848	4 496	4 932	4 809	5 484	5 123
Geld und Kredit ^{3) 4)}										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	4 065	4 358	4 317	4 358	4 380	4 575	4 627	4 675 ^P	4 690
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	3 143	3 299	3 259	3 299	3 300	3 438	3 467	3 536 ^P	3 532
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	922	1 059	1 058	1 059	1 080	1 137	1 160	1 139 ^P	1 158
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	2 591	2 713	2 639	2 713	2 700	2 784	2 821	2 930 ^P	2 883
Spareinlagen	Mrd. DM	941	1 046	1 007	7 046	1 061	1 103	1 108	1 143 ^P	1 150
Steuern ²⁾										
Gemeinschaftsteuern ⁵⁾	Mill. DM	48 752	48 919	40 197	85 179	47 450	38 988	37 728	82 908	46 666
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	28 588	28 713	18 983	62 379	26 699	17 329	16 141	59 064	25 911
Lohnsteuer	Mill. DM	22 210	23 558	21 441	41 232	23 135	18 714	18 674	38 667	22 090
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 126	1 166	- 2 665	10 739	- 1 193	- 2 668	- 2 910	10 128	- 1 514
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	19 642	19 552	20 708	20 730	20 608	20 008	21 031	21 663	20 714
Umsatzsteuer	Mill. DM	16 272	16 541	17 802	17 315	18 068	16 956	17 657	18 099	18 028
Zölle	Mill. DM	598	593	641	669	199	562	577	600	457
Bundessteuern	Mill. DM	8 791	11 172	10 262	21 459	3 576	10 049	10 182	24 357	4 003
Versicherungsteuer	Mill. DM	950	1 175	960	528	842	635	902	632	778
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	7 702	7 803	7 596	16 257	419	7 936	7 888	19 240	1 146
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ⁶⁾	1985 = 100	100,9	102,2	101,2	102,2	103,2	104,9	104,2	105,2	...
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	1985 = 100	86,5	87,1	85,4	86,6	86,0	83,9	82,2 ^P	83,5 ^P	...
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁶⁾	1991 = 100	102,0	103,7	103,8	103,8	103,1	103,4	103,3	103,3	103,7
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1991 = 100	112,4	114,9	115,2	-	-	-	114,5	-	-
Bauleistungen am Bauwerk ⁷⁾	1991 = 100	112,8	115,4	115,7	-	-	-	115,0	-	-
Preisindex für den Straßenbau	1991 = 100	107,9	108,9	108,8	-	-	-	107,2	-	-
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1991 = 100	110,6	112,5	112,7	113,0	113,1	114,4	114,3	114,6	115,2
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1991 = 100	107,1	108,6	108,1	108,3	108,9	109,0	109,4	109,5	110,5
Bekleidung, Schuhe	1991 = 100	107,4	108,4	108,8	108,8	108,9	109,5	109,7	109,7	109,6
Wohnungsmieten	1991 = 100	116,7	121,3	122,7	123,0	123,4	125,7	125,9	126,3	126,8
Energie (ohne Kraftstoffe)	1991 = 100	102,2	101,4	101,2	101,8	98,2	102,4	101,3	101,7	103,6
Übriges für die Haushaltsführung	1991 = 100	108,2	109,9	110,4	110,5	110,6	111,1	111,2	111,2	111,2
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1991 = 100	108,9	110,6	111,1	111,1	111,6	113,3	113,5	113,5	113,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1991 = 100	111,8	113,0	113,1	113,4	114,4	115,5	115,3	115,2	115,5
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1991 = 100	108,4	109,8	110,5	110,6	110,5	110,9	111,0	111,2	113,2
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1991 = 100	118,5	121,7	118,8	120,6	118,9	121,9	119,2	122,0	120,4

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 3) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 4) Ab Juni 1990 für das gesamte Währungsgebiet der D-Mark. – 5) Aufkommen an Lohnsteuer ab 1996 ohne das vom Arbeitgeber verrechnete steuerliche sowie das von der Familienkasse gezahlte Kindergeld. – 6) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 7) Ohne Baunebenleistungen.

**Steuereinnahmen des Landes
nach Steuerverteilung**

Steuerart	Januar - März		Veränderung
	1996	1997	
	Mill. DM		%
Landessteuern	390,9	246,1	- 37,0
Vermögensteuer	95,9	20,6	- 78,5
Erbschaftsteuer	32,4	- 27,4	X
Kraftfahrzeugsteuer	194,4	181,1	- 6,8
Rennwett- und Lotteriesteuer	46,4	51,3	10,8
Feuerschutzsteuer	0,9	0,5	- 38,9
Biersteuer	21,0	19,9	- 5,3
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen¹⁾	1 685,6	1 543,1	- 8,5
Lohnsteuer	1 342,5	1 279,3	- 4,7
Veranlagte Einkommensteuer	25,3	- 28,4	X
Kapitalertragsteuer	38,2	42,6	11,7
Zinsabschlag	110,7	99,2	- 10,4
Körperschaftsteuer	168,9	150,3	- 11,0
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	1 161,8	1 088,2	- 6,3
Umsatzsteuer	938,0	868,1	- 7,5
Einfuhrumsatzsteuer	223,8	220,2	- 1,6
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	5,1	6,7	31,9
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	4,3	3,9	- 9,2
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	7,8	10,2	31,9
Insgesamt	3 255,5	2 898,3	- 11,0

1) Lohnsteuereinnahmen nach Abzug des von der Familienkasse gezahlten Kindergeldes.

Zwei Fünftel aller Gasthörer an Hochschulen sind Senioren

Im Wintersemester 1996/97 waren 1 351 Gasthörer an rheinland-pfälzischen Hochschulen eingeschrieben, 104 oder 8,3 % mehr als im Vorjahressemester. Die Zahl der Gasthörer erreichte damit seit Einführung der Gasthörerstatistik im Wintersemester 1992/93 ihren zweithöchsten Stand. Etwas mehr als die Hälfte der Gaststudierenden (688) waren Frauen, jeder siebte (185) Ausländer.

Das Durchschnittsalter betrug 50,7 Jahre, wobei die Männer mit durchschnittlich 52,6 Jahren etwas älter waren als die Frauen. Die Angebote der Hochschulen wurden besonders von älteren Menschen genutzt. Gut 41 % der Gasthörenden waren 60 Jahre und älter.

Knapp 53 % aller Gasthörer bevorzugten als erste Fachrichtung Gebiete der Sprach- und Kulturwissenschaften, es folgten die Fächergruppen Rechts-, Wirt-

schafts- und Sozialwissenschaften (12 %), Kunst, Kunstwissenschaft (8,6 %) und Mathematik, Naturwissenschaften (6,6 %).

Da sich Gasthörer für mehrere Fachrichtungen immatrikulieren können, ergibt sich eine Gesamtzahl von 1 761 Belegungen. Besonders beliebte Fachrichtungen waren Geschichte mit 257, Philosophie mit 124, Kunstwissenschaft allgemein mit 118 und Germanistik mit 100 Belegungen.

82 % der Gasthörer besuchten Lehrveranstaltungen an Universitäten, knapp ein Zehntel bildete sich an theologischen Hochschulen weiter; der Rest entfiel auf sonstige wissenschaftliche Hochschulen (5,1 %) und Fachhochschulen (3,2 %).

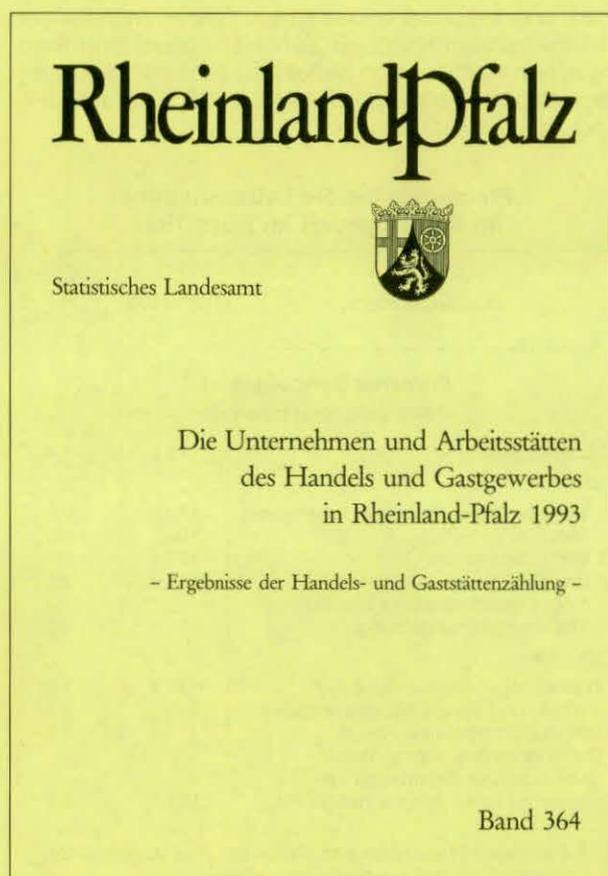
**Preisindex für die Lebenshaltung
im Bundesgebiet im März 1997**

Indexbezeichnung	1991=100	Veränderung zu März 1996 in %
Früheres Bundesgebiet¹⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	115,5	1,6
davon		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	110,5	0,7
Bekleidung, Schuhe	109,7	0,5
Wohnungsmieten	127,4	2,7
Energie (ohne Kraftstoffe)	100,8	2,1
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	111,4	0,5
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	114,4	1,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	115,7	0,7
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	113,2	2,3
Persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	124,1	2,5
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen		
Gesamtindex	115,8	1,6
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen		
Gesamtindex	115,6	1,4
2-Personen-Haushalte von Rentnern mit geringem Einkommen		
Gesamtindex	116,9	2,1
Deutschland²⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	117,9	1,5

1) Gebietsstand vor dem 3.10.1990. - 2) Gebietsstand seit dem 3.10.1990.

Soeben erschienen! Band 364 der Statistik von Rheinland-Pfalz

Die Unternehmen und Arbeitsstätten des Handels und Gastgewerbes in Rheinland-Pfalz 1993



Die verlässliche Datenbasis für Struktur und Entwicklung im Handel und Gastgewerbe

Nach den Ergebnissen der Handels- und Gaststättenzählung 1993 wurden im Handel und Gastgewerbe von mehr als 300 000 Beschäftigten in 55 000 Betrieben Umsätze in Höhe von 83,1 Mrd. DM erwirtschaftet. Die Stadt Landau hält mit 17 385 DM Einzelhandelsumsatz je Einwohner den Spitzenwert aller rheinland-pfälzischen kreisfreien Städte. Während in den Bezirken der Industrie- und Handelskammern Rheinhessen und Trier diese Umsatzkennziffer über dem Landesdurchschnitt liegt, ist in den Kammerbezirken Trier und Koblenz die Versorgung der Verbraucher mit Einzelhandelsverkaufsfläche besonders gut. Im Einzelhandel der Oberzentren läßt sich eine unterdurchschnittliche Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung beobachten.

Die meisten Gastgewerbebetriebe je Einwohner lassen sich in landschaftlich reizvollen und touristisch erschlossenen Verbandsgemeinden an Mosel und Ahr finden.

Diese und viele andere Informationen sind dem in Kürze erscheinenden Veröffentlichungsband „Die Unternehmen und Arbeitsstätten des Handels und Gastgewerbes in Rheinland-Pfalz 1993“ zu entnehmen. Der Band enthält neben den in der Datenbank

des Landesinformationssystems eingelagerten Ergebnissen und über die bereits veröffentlichten Statistischen Berichte und Aufsätze in den Statistischen Monatsheften hinausgehend fachlich und regional tief gegliederte Zahlen, die als unerläßliche Entscheidungshilfen bei wirtschafts- und strukturpolitischen Fragen dienen. Den Tabellen vorangestellt sind allgemeine Hinweise zu diesem Zensus im Handel und Gastgewerbe sowie Erläuterungen von Begriffen, Merkmalen und der neuen Wirtschaftszweigsystematik. Der Band ist nach den Erhebungsbereichen Einzelhandel, Kraftfahrzeughandel und Tankstellen, Großhandel, Handelsvermittlung und Gastgewerbe untergliedert.

Den Band 364 „Die Unternehmen und Arbeitsstätten des Handels und Gastgewerbes in Rheinland-Pfalz 1993“ können Sie beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, Mainzer Straße 14-16, 56130 Bad Ems, Telefon 0 26 03/71 245, bestellen. Der Preis beträgt 15,50 DM zuzüglich Versandkosten.

Zeichenerklärung und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
·	Zahl unbekannt oder geheimzuhalten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.